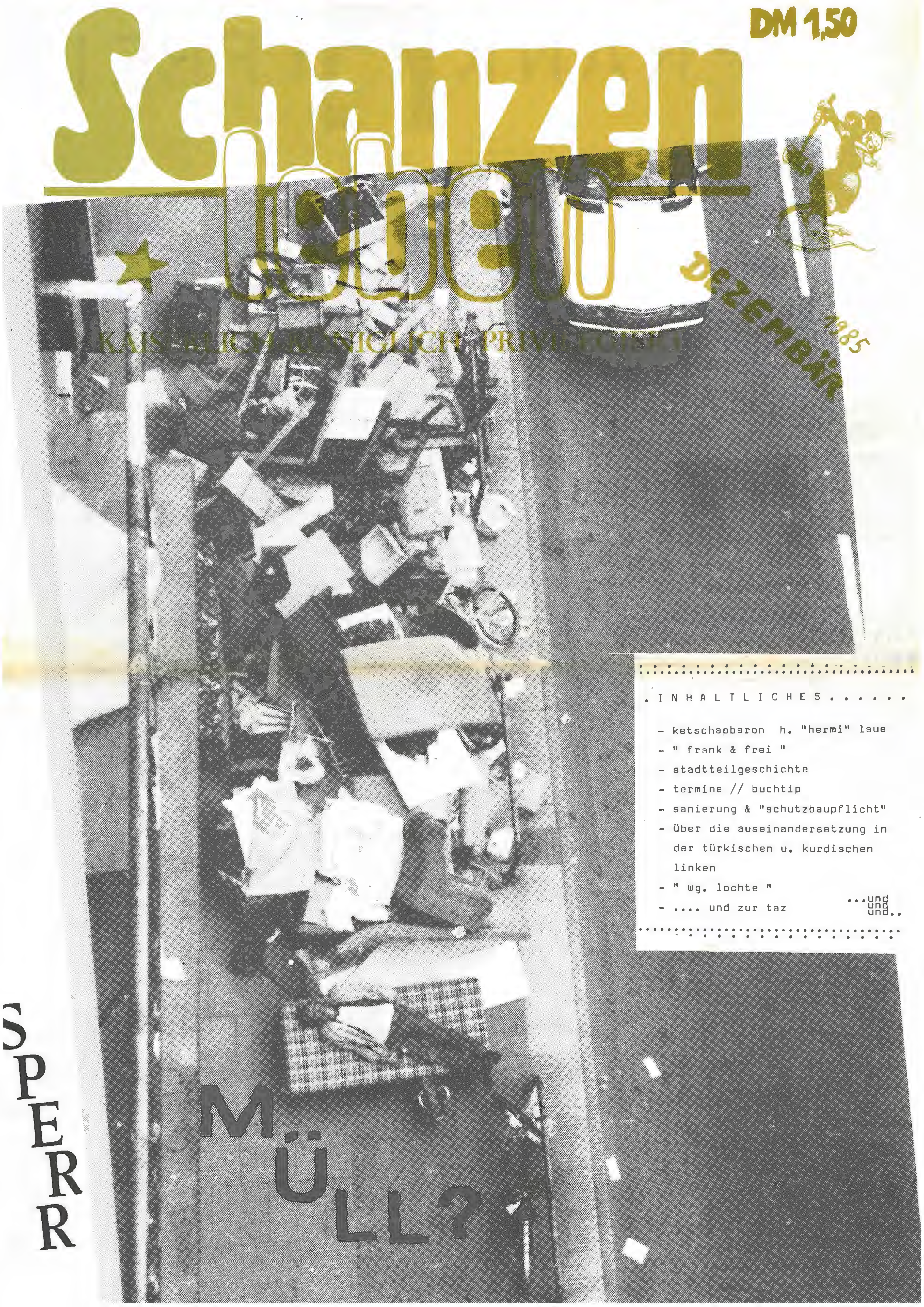

Schanzen leben
DM 1,50
DEZEMBÄR 1985
. I N H A L T L I C H E S . . . . . .
- ketschapbaron h. "hermi" laue
- " frank & frei "
- stadtteilgeschichte
- termine // buchtip
- sanierung & "schutzbaupflicht"
- über die auseinandersetzung in der türkischen u. kurdischen linken
- " wg. lochte "
- .... und zur taz
...und und und..
SPERR
MÜLL?

2. Teil

FRANK & FREI?

Im "frank+frei" ist es in den letzten Wochen etwas ruhiger gewesen, dafür gibt's aber ein bißchen Streß für die nun ehemaligen Kellnerinnen dieser Kneipe. Zur Erinnerung: In der letzten Ausgabe schrieben wir noch, daß drei von sechs Kellnerinnen entlassen wurden. Inzwischen wurden auch die drei anderen Kellnerinnen entlassen. Dies geschah am 10., am 11. und am 14. Oktober. Grund genug, die Öffentlichkeitsarbeit vor der Kneipe wieder aufzunehmen. Doch diesmal gab sich Frank Filla nicht nochmal der Lächerlichkeit preis und holte die Bullen nicht, um sein Recht durchzusetzen. Stattdessen versuchte er, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, die den ehemals Angestellten bei Strafandrohung von bis zu DM 500.000 ersatzweise Ordnungshaft bis zu 6 Monaten untersagen sollte, Flugblätter zu verteilen, Leute vor der Kneipe anzusprechen oder gar negativ über ihren ehemaligen Chef zu reden. Doch ganz so schnell ging's nicht, ohne mündliche Verhandlung lief erstmal nichts und die war dann auch ziemlich komisch, wenn man einmal davon absieht, daß sie morgens um 9.00 h begann, eine Zeit, die wohl nur dem Richter nichts ausmachte. Nachdem sich Frank Filla's Rechtsbeistand einige Male vom Arbeitsrichter belehren lassen mußte wegen Zuständigkeit oder nicht wurde es sogar auch inhaltlich. So wurde z.B. auch die Horrorstory erzählt, daß einmal 10-15 Punker (!) in die Kneipe gestürmt kamen und Flugblätter verteilten, die sonst auch draußen verteilt wurden. Etwas übersteigerte Angst! Auf jeden Fall war recht schnell klar, daß die einstweilige Verfügung nicht durchkommen würde. Schließlich wurde sich darauf geeinigt, daß der Antrag auf diese Verfügung zurückgezogen wird und daß beide Seiten eine 'good will'-Erklärung abgeben.

Nach dem geschlossenen Vergleich werden die Frauen die Kneipe nicht mehr betreten, davor keine Flugblätter mehr verteilen und auch keine Plakate mehr an die Wände hängen. Darüberhinaus werden sie auch keinem Menschen mehr erzählen, was Sache ist mit den Arbeitsbedingungen und ihrem Ex-Chef. Der seinerseits will auch nichts negatives mehr über seine ehemaligen Angestellten verbreiten. Sollten z.B. doch nochmal Flugblätter verteilt werden, müßte ein erneuter Antrag auf eine einstweilige Verfügung gestellt werden. Alles klar?

Am Dienstag, 5.11., geht es dann vor dem Arbeitsgericht um die Rechtmäßigkeit der ausgesprochenen Kündigungen. Auch wieder mitten in der Nacht, um 9.15 h! Ort wird erneut das Arbeitsgericht in der Max-Brauer-Allee sein.

Am o.a. 5.11.85 gab es vor dem Arbeitsgericht eine sog. 'Öffentliche Sitzung', die ähnlich wie der erste Gerichtstermin verlief. Auch bei dieser Verhandlung sah Frank Filla samt seinem RA Giese wieder ziemlich alt aus ("Herr Vorsitzender, helfen Sie mir mal, ich will nachdenken", Zitat RA Giese laut taz vom 6.11.; also ich würde mir allmählich 'mal einen anderen RA suchen).

Nach diesem und allerlei anderer Scherze kam es dann zu einem Vergleich:

1. das Arbeitsverhältnis endet am 31.10.85 aus 'betrieblichen Gründen'
2. die entlassene Kellnerin bekommt eine Abfindung in Höhe von DM 2.500,-
3. desweiteren ein berufsförderndes Zeugnis
4. natürlich wollen beide Seiten keine negativen Äußerungen über den Anderen machen
5. etwaige Urlaubsansprüche sind damit noch nicht abgegolten ebensowenig wie Ansprüche, die sich aus der 'ordnungsgemäßen Abrechnung des Arbeitsverhältnisses' ergeben

Wenn nundie beiden Gerichts-'nächte' zusammen gesehen werden, bleiben unter dem berühmten Strich für Frank Filla eigentlich nur einige Kosten. Zuzüglich die Umsatzeinbußen durch den überragenden Sommer und den Boykott der Kneipe, nun ja.

Es soll hier nicht Aufgabe sein, Tips zu gebn, wie dieses Geld wieder (evtl.!) hereinkommen kann. Doch sei die Frage erlaubt, hat denn Frank Filla aus dieser Chose etwas gelernt?

Nachdem alle 6 Kellnerinnen 'rausgeflogen waren, kamen selbstverständlich Neue in die Kneipe. Doch wenn den Gerüchten, die so umherschwirren, Glauben geschenkt wird, steht die nächste Kündigung bzw. besser der nächste Rausschmiß schon wieder kurz bevor (bitte, bitte vor Druckbeginn, ja?).

Doch zuvor wurde von Frank Filla schon versucht, ein wenig Kohle einzusparen. War es zumindest früher so, daß Kellnerinnen die beiden ersten Abende DM 9,-/h bekamen und dann ihre DM 11,-/h, so sind es heute die "ersten paar Male", an denen die neuen Kellnerinnen ihren indirekten 'Anlernungsobulus' entrichten müssen; wobei natürlich völlig unklar ist, ab wann denn nun DM 11,-/h ausbezahlt werden. Interessant ist noch, daß in der Woche eine Kellnerin allein arbeitet (der Umsatz soll aber auch drastisch zurückgegangen sein) und am Wochenende aber zwei Kellnerinnen arbeiten.

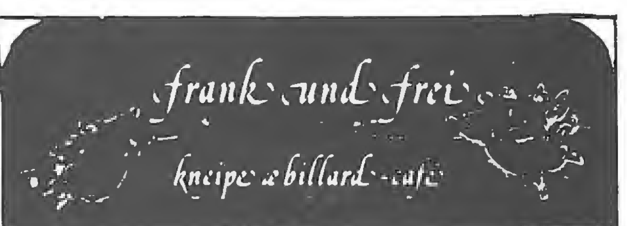


Doch etwas anderes kam auch noch ans Licht der manchmal kritischen Öffentlichkeit. Bisher wurde immer von sog. 'Schwarzen Listen' gesprochen, die zwischen Unternehmen kursieren, auf denen Namen von Linken, Gewerkschaftern etc. stehen. Doch nun soll es solch Listen auch bei zumindest einigen Kneipen geben, denn einigen der 6 Kellnerinnen, die einen neuen Kneipenjob suchten, wurde dieser mit Hinweis auf die Auseinandersetzungen im "frank+frei" verwehrt. Hier stellt sich für mich immer die Frage, was sind eigentlich die so häufig erwähnten 'Szene-Kneipen'? Was für Typen (und in der Regel sind es Typen) machen so eine Kneipe und mit welchem Anspruch? Und merken die Leute, die da hingehen und nach denen die Kneipen schließlich 'Szene-Kneipen' heißen, noch irgendetwas oder ist das ganz egal?

Um Gerüchten vorzubeugen, ich bin nicht bei den Guttemplern, ich trinke selbst saugern Bie[r] etc., aber nur manchmal ist e[s] mir ziemlich gleichgültig, wo ich es trinke, claro?

Obenstehender Artikel mußte aus der letzten Ausgabe aus Platzgründen 'rausfallen. Doch hier kommt nun die Fortsetzung:

> Die Freiheit den Hund aufzumachen
> besteht auch dort
> wo andere schreien:
> Denen wird der Hund zugemacht!
> ...
>
> Erich Fried

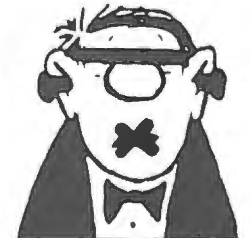


arbeitspolitische

Tagesspeisen

Sa. 27.7.: Frank gibt Anweisung, daß die Kellnerinnen statt wie bisher zu zweit nur noch allein die gesamten Tische bedienen sollen.
Mi., 7.8.: Frank lehnt ein Gespräch mit den Kellnerinnen ab.
Do., 8.8.: s. Mi. 7.8.
Frei., 9.8.: Die Kellnerinnen informieren mittels Flugblätter die Gäste über ihre Situation. F. ist plötzlich gesprächsbereit.
Sa., 10.8.: F. geht nicht auf den Kompromiß der Kellnerinnen, zumindest an den Wochenenden weiterhin zu zweit arbeiten zu dürfen, ein. Verhandlungen gescheitert. - Streik der Kellnerinnen. -
Mi, 14.8.: F. geht auf die Mindestforderung ein und erklärt, keinerlei Maßregelungen gegen die Kellnerinnen zu treffen. Die Arbeit soll am 19.8. wieder aufgenommen werden. - Abbruch d. Streikes. -
Mo., 19.8.: Arbeitsplanbesprechung u. erster Arbeitsabend nach dem Streik. Hausverbot für die Kellnerinnen als Gäste.
Frei., 23.8.: Erstes Wochenende nach dem Streik. Um 24 Uhr soll, trotz gut besuchter Kneipe, nur noch eine K. weiterarbeiten. Als F. auf die Vereinbarungen hingewiesen wird, soll auch die zweite K. Feierabend machen. Er beschäftigt zwei (!) seiner Bekannten zum Weiterbedienen.
So., 25.8.: Trotz gut besuchter Kneipe läßt er die arbeitende K. um 24 Uhr Feierabend machen. Der Thresenangestellte soll die Arbeit allein erledigen. Als K. sich noch einen Feierabenddrink genehmigt, wird sie per Polizei des Lokales verwiesen.
Di, 27.8.: Frank kündigt der Kellnerin K. fristlos u. ohne Begründung.
Mi, 4.9.: Die Kellnerin J. kündigt ordnungsgemäß u. schriftlich weil sie einen Auslandsaufenthalt antreten wird.
Di, 10.9.: Per Bote wird den Kellnerinnen J. (die schon am 4.9. zum 19.9. gekündigt hatte) und C. nachts die Kündigung zugestellt. J. fristlos, C. fristgerecht.
Do, 10.10.: Kündigung von 2 weiteren Kellnerinnen! Die letzte von den 6 wartet ebenfalls! 5 von 6 Kellnerinnen! → Keinerlei MAßREGELUNGEN!

Freiheit bei Frank:



... die kneipe mit programm

V.i.S.d.P.: FRIEDA UNFREI, SCHANZENSTR. 59 6, HH 6

↑

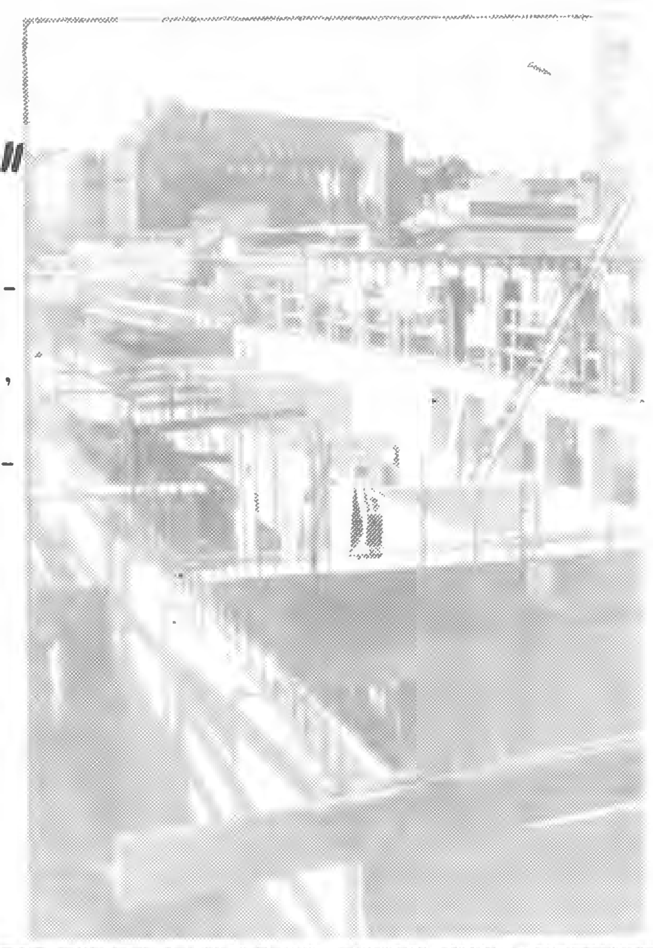
eins der verteilten Flugblätter



einige Leute fangen Mäuse mit Speck,
andere Leute die Gäste mit Genever

SANIERUNG

& "SCHUTZBAUPFLICHT"



In den letzten beiden Ausgaben haben wir zwei Stellungnahmen zum 2. Zwischenbericht zur Sanierung im Karolinen-Viertel abgedruckt. Die erste war von der 'Stadtteilinitiative Karolinenviertel' und machte noch einmal deutlich, welche Aspekte bei so einem geplanten Vorhaben nicht übersehen werden sollten; im anschließenden offenen Brief an die taz ging sie allgemeiner auf Stadtplanung und Interessen bei Sanierungen ein und erklärte, warum sie zu keiner konstruktiven Mitarbeit z.B. im Sanierungsbeirat bereit ist.
Die zweite war von einigen Beiratsmitgliedern und setzte sich insofern mit dem Zwischenbericht auseinander, als daß sie Verbesserungsvorschläge zu konkreten Vorhaben machte und andererseits einiges auch kritisierte, aber nicht die geplante Sanierung im Ganzen in Frage stellte (sonst wären sie ja auch nicht im Beirat). Den Zwischenbericht abzudrukken, hielten wir für nicht so sinnvoll, denn auch so wird deutlich, welche Positionen von den Betroffenen vertreten werden.
Wir halten es aber für sinnvoll und notwendig, sich ein paar mehr Gedanken über die Stadtplanung zu machen und nicht gleich loszujubeln, weil zwei oder drei Häuser, die vorher abgerissen werden sollten, nun nicht mehr abgerissen werden sollen, und damit die Welt wieder in Ordnung zu finden, wie es so schön heißt.
Es ist schon ein bißchen her, ungefähr 3 Monate, da wurden auf zwei Baufirmen (eine in Pinneberg, die andere in Hummelsbüttel) Brandanschläge verübt. 'Ganz schön weit weg' werden jetzt vielleicht einige Tagen; aber beide Firmen sind am Neubau der Bullenwache an der Stresemannstraße/Lerchenstraße beteiligt. Die Leute, die nachts die Firmen dort besuchten, haben sich einige Gedanken zum Zusammenhang Sanierung und Stadtplanung gemacht, die wir im folgenden dokumentieren wollen.

DOKUMENTATION **DOKUMENTATION** **DOKUMENTATION**

STADTPLANUNG IST AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

Die Ausplünderung der Massen zum Erhalt der Häuser und zur Bereicherung ihrer Besitzer ist die eine Seite - die Unterwerfung unter die Gesetze und Kontrolle des Staates ist die andere Seite imperialistischer Stadtplanung.
Die Nazis haben "Sozialhygienische" Analysen der proletarischen Viertel erstellt, aus denen heraus Abwehrkämpfe, Streiks und revolutionäre Aufstände organisiert wurden. Sie haben die soziale Struktur, die Disqualifizierung der Arbeiterjugend, die Kriminalität und die politische Gesinnung in den sogenannten "gemeinschädigenden Regionen des Niederelbischen Städtegebiets" erfasst.
Auf der Grundlage dieser Erhebungen haben die Nazis das Gängeviertel zerstört, das in seiner baulichen, sozialen und politischen Struktur der Kontrolle der Herrschenden entzogen war. In diese Kontinuität faschistischer Stadtplanung stellt sich das "Amt für Stadterneuerung (ASE)" mit seinen Architekten und Bauherrn als Erfüllungsgehilfen sozialer Kontrolle.
Die Kampfbereitschaft in den proletarischen Vierteln ist durch den Einfluß bürgerlicher Ideologie und gewerkschaftlicher Organisation gebrochen und verkommen zur nationalen Verteidigung des sozialen Besitzstands und der Arbeitsplätze gegen die Interessen internationaler Klassensolidarität und den Befreiungskampf der Völker der Welt. Die Bedingungen imperialistischer Ausbeutung und Herrschaft, die Entfremdung, Vereinzelung, Erfassung und Kontrolle in den Betrieben und Wohngebieten sind geblieben. Der Sanierungsangriff der Stadtplaner auf die existentiellen Grundlagen des internationalen Proletariats in den Metropolen ist auf die Zerschlagung der sozialen und politischen Zusammenhänge gerichtet.
Die Unterwerfung sozialer Revolten - zum Umsturz der Besitz- und Herrschaftsverhältnisse für ein selbstbestimmtes Leben ohne Konkurrenz, Leistungsdruck und Konsum der bestehenden Verhältnisse - war und ist wesentlicher Inhalt herrschender Stadtplanung.
Praktische Erfahrungen in der Niederwerfung von Revolten und Aufständen haben die Imperialisten in den Städten Belfast, Manila, Buenos Aires und jetzt aktuell in den Städten Südafrikas und Großbritanniens gesammelt. Im Häuserkampf um selbstverwaltete Jugendzentren in Kopenhagen stellten Hamburger Bullen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zur Aufstandsbekämpfung in den Metropolen zur Verfügung. In den Führungsakademien in Hiltrup und Hamburg-Blankenese werden Offiziere zur polizeilichen und militärischen Niederwerfung der Aufstände in Lateinamerika, Afrika und Asien ausgebildet. Das BKA drängt auf eine Internationalisierung der Aufstandsbekämpfung im westeuropäischen Zusammenhang.

Ruhe in der imperialistischen NATO-Metropole BRD ist eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung ihrer Profite, Unterwerfung der Völker und Plünderung ihrer Reichtümer. Hier im Zentrum der Macht planen, entwerfen und führen sie ihren Repressionsapparat. Präventive Aufstandsbekämpfung, gezielte Liquidierung in der Fahndung, Folter und Mord in den toten Trakten sind Bestandteile der Unterdrückung des inneren Widerstands.
In Erwartung verschärfter Kämpfe und zur ideologischen Hochrüstung der proletarischen Massen auf die unmittelbare Beteiligung der BRD am militärischen Krieg des NATO-Imperialismus werden neue Technologien entwickelt und eingesetzt. Der Video-Markt schürt chauvinistischen Haß auf Frauen, andere Völker und Rassen. Die Verkabelung dient der Indoktrination und lückenlosen Erfassung aller Lebensäußerungen. Die polizeistaatliche Durchdringung der Viertel soll jede kriminelle Phantasie in dem Gefühl der Ohnmacht ersticken.
Dazu gehört der Neubau der Bullenwache Ecke Lerchenstraße-Stresemannstraße im Schnittpunkt der Sanierungsviertel St. Pauli, Schanzen-, Karolinenviertel. Unterstützt von Video-Kameras, ausgebauten Straßenzügen, begradigten und geschlossenen Häuserfronten, Kontaktbereichsbullen...sind die Vor bereitungen für eine schnelle Abriegelung und razzienhafte Durchkämmung ganzer Viertel und die Zerschlagung der sozialen und politischen Zusammenhänge geschaffen.

Leitender Bauunternehmer dieses Zentrums präventiver Aufstandsbekämpfung im Untersuchungsgefängnis und den Vierteln ist "Wilhelm Herr". Seinen Bauhof in Hummelsbüttel haben wir in der Nacht zum 7.9.1985 angegriffen und mehrere Fahrzeuge und Einrichtungen zerstört, ohne Unbeteiligte zu gefährden.
Durch unsere Aktion wollen wir die Widersprüche in den Vierteln entwickeln und beweisen, daß wir den Plänen der Herrschenden nicht hilflos ausgeliefert und entschlossen sind, Strukturen des anti-imparialistischen Widerstands aus den sozialen Zusammenhängen heraus zu entwickeln.
Angriffe wie die Anschläge auf die Baugerüstfirma "Manfred Mölck", die an der Demontage des Freiraums Hafenstraße beteiligt war, auf das Stadtplanungsbüro "Gibbins", das Konzepte zum Abriß, zur Verarmung und Vertreibung im Karolinenviertel entwirft, und unser Anschlag auf die Baufirma "Wilhelm Herr" als Generalunternehmer polizeilicher Überwachung der genannten Viertel zeigen die Möglichkeit und Notwendigkeit, aus strategischen Diskussionen zur militanten Praxis zu kommen.
Wir stellen uns in den Zusammenhang des Widerstands, der in der Mobilisierung während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand für Zusammenlegung und Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention durch Veranstaltungen, Demonstrationen und insbesondere Anschläge aus den verschiedenen politischen Zusammenhängen vorangekommen ist und Fragen der Internationalisierung des Widerstands und der Strategie einer westeuropäischen Front aufgeworfen hat.

Klassenkrieg gegen sozialen Frieden und imperialistischen Krieg !

Auszüge aus einem anonymen Bekennerbrief zum Anschlag auf eine Baufirma am 7.9.

Der imperialistische Krieg findet nicht nur in der „Dritten Welt" statt, sondern auch hier. Zur ständigen Verbesserung der Kapitalverwertung sind die Herrschenden darauf angewiesen, antikapitalistische Kämpfe auch in den Industriestaaten zu unterdrücken und zu verhindern.

Sanierung und Stadtplanung sind als Teil davon zu begreifen. Die ökonomischen Interessen einzelner Spekulanten, zahlungskräftige Käufer und Mieter zu finden, führen dazu, daß in Stadtkernen immer mehr Geschäfte, Banken, Büros und teure Luxuswohnungen Wohnraum für uns verdrängen. Die staatliche Stadtplanung sorgt dafür, daß diese Einzelinteressen sich nicht gegenseitig behindern, indem Wohn- und Gewerbeflächen festgelegt werden. So wird z.B. gesichert, daß jedes Geschäft genug „kaufkräftige Kundschaft" erhält und die Grundbesitzer höchstmögliche Profite erzielen.

Daneben setzt die Stadtplanung Herrschaftsinteressen des Imperialismus um. In den geplanten Stadtvierteln soll eine Bewohnerstruktur geschaffen werden, die durch die unterschiedlichen sozialen Situationen bei den Menschen Konkurrenz, Leistungsstreben und Verinnerlichung der bürgerlichen Normen und Werte anstelle von Klassenbewußtsein und solidarischem Handeln erzeugen soll.

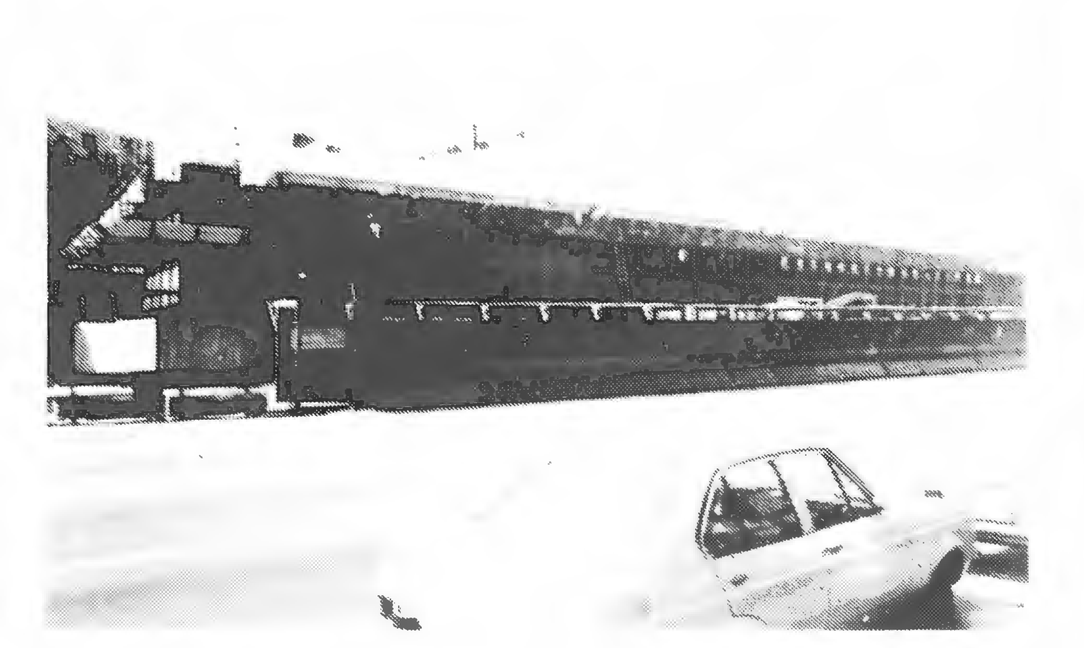
Trotzdem kommt es immer wieder dazu, daß sich Menschen gegen ihre Verplanung in diesem kapitalistischen System wehren und anfangen, dagegen zu kämpfen. Die Architektur der neuen Stadtviertel soll die Bewohner durch Übersichtlichkeit der Straßenzüge, Schließen von Baulücken, Abschaffung von verwinkelten Hinterhöfen und Videoüberwachung kontrollierbar machen und Fluchtmöglichkeiten bei Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt verhindern.

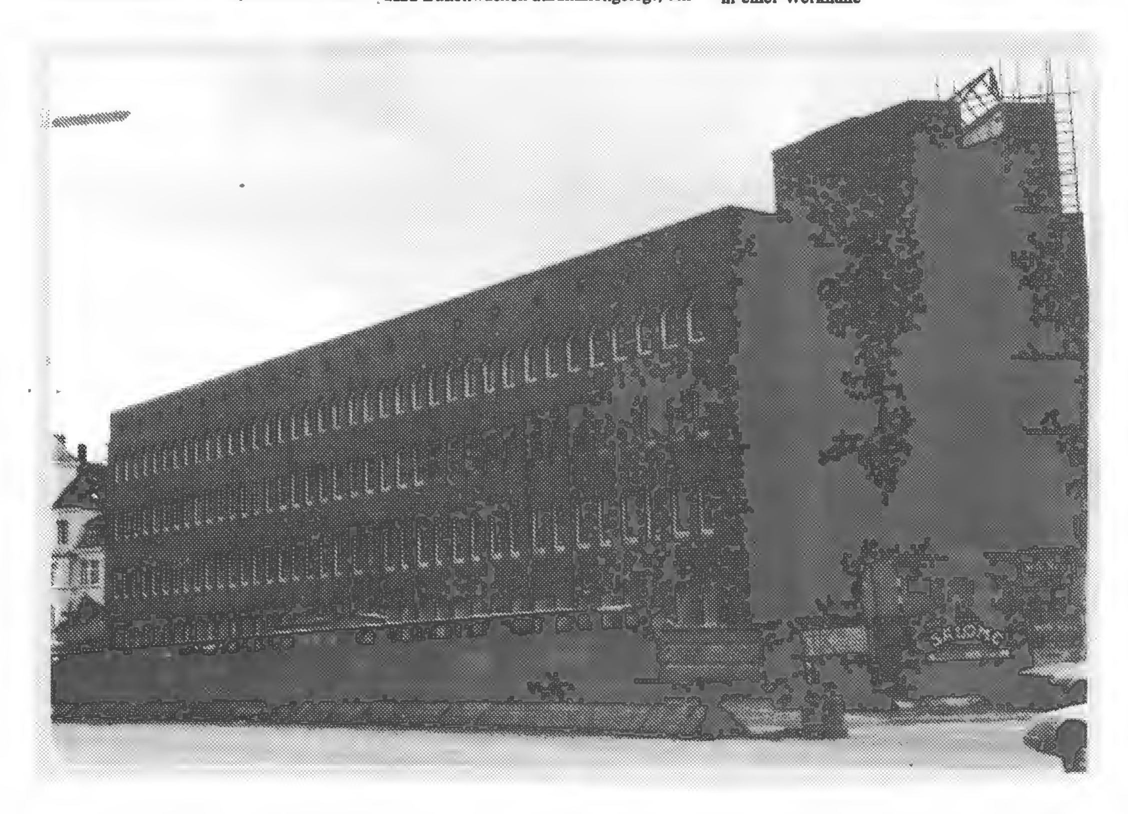
Diese verstärkte Kontrolle läuft parallel mit dem Ausbau und der Effektivierung des Bullenapparates. In Hamburg werden dazu Bullenwachen zusammengelegt, um mit größeren Einheiten koordinierter vorgehen zu können. In der Stresemannstraße/Hamburg wird z.Z. so ein Bullenbunker hochgezogen, der diese Funktion für St. Pauli-Nord und -Süd übernehmen soll, Stadtteile, die aus den oben genannten Gründen seit einigen Jahren massiv „saniert" werden.

Baufirmen setzen als letztes Glied in der Kette die Stadtplanung in die Realität um. Sie gehorchen dabei der kapitalistischen Logik, in der nicht zählt, was produziert, sondern nur, wieviel Profit dabei rausspringt. Insofern sind sie austauschbar.

Exemplarisch haben wir deshalb in der Nacht zum 7.9. die Firma G&K Spezialtiefbau in Pinneberg bei Hamburg angegriffen, die an dem Bau in der Stresemannstraße beteiligt ist.

Wir haben drei Brandherde gelegt:
- an einem 5.000-10.000 l Dieseltank
- an 3 Lkws mit Kranaufbau
- in einer Werkhalle





Auseinandersetzung innerhalb der

Als wir vor ca. zwei Wochen im Kulturladen in der Susannenstraße waren, wurden uns Informationen gegeben, die schwere Vorwürfe gegen die PKK (Arbeiter-Partei-Kurdistans) erhoben in Zusammenhang mit der Ermordung eines sog. PKK-Dissidenten in der schwedischen Hauptstadt. Kurz darauf erschien ein Flugblatt mit der Überschrift "Erneut PKK-Dissident in Europa ermordet", das breit verteilt wurde. Das Flugblatt ist u.a. im Kulturladen und bei der GAL in der Bartelsstr. zu erhalten. Aufgrund der schwerwiegenden Vorwürfe gegen die PKK wollten wir von der PKK eine Stellungnahme dazu. Da wir davon ausgehen, daß die Meisten das Flugblatt kennen, haben wir deshalb Sympathisanten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans die Möglichkeit gegeben, diese Vorwürfe zu kommentieren.
Aufgrund der für uns nur höchst unzureichend einzuschätzenden Situation in Kurdistan müßt ihr, liebe Leser, diesmal auf eine Redaktionsmeinung verzichten.



Wir in Hamburg lebende Kurden, danken dem Schanzenleben herzlichst für die Möglichkeit zu einer Stellungsnahme zu einem Flugblatt, das z.Z. in Hamburg unter der Überschrift: Erneut PKK Dissident in Europa ermordet, erschienen ist. Es wird in der Bevölkerung verteilt und ist auch im letzten AK (Arbeiterkampf) abgedruckt wurden.
Anlass dieses Flugblattes ist die Liquidierung eines Mannes in Stockholm, der als Oppositioneller der PKK (Arbeiter Partei Kurdistans) bezeichnet wird.
Kurz zur Erläuterung: Die PKK ist eine kurdische Partei, die heute im türkisch besetzten Teil Kurdistans einen bewaffneten Widerstand führt. Wir möchten an dieser Stelle gleich erklären, daß es uns nicht um eine ideologische Auseinandersetzung um den Widerstand der PKK geht, sondern darum, den Menschen, die dieses Flugblatt gelesen haben, eine Richtigstellung zu vermitteln.
Cetin Güngör ist von einem Mann ermordet wurden, der sich selbst als Mitglied einer Schutzeinheit zur Befreiung Kurdistans bezeichnet und die Tat gesteht. Ausserdem sagt er, daß er nichts mit der PKK zu tun hat, worüber eine schwedische Zeitung am 4.II.85 berichtet hat. Diese Tat der PKK in die Schuhe zu schieben, ist eine Vorverurteilung die in diesem Flugblatt begangen wird.

Cetin Güngör soll als Ex ZK - Mitglied der PKK die Partei aufgerufen haben, ihre Politik zu verurteilen. Es fehlt die Erklärung wo er das gemacht haben soll. Diese Behauptung wird aufgestellt um zu erklären, die PKK hätte ihn umgebracht, weil er Kritik an der Organisation hat.
Es werden Namen von Leuten genannt, die angeblich wegen ihrer Kritik an der Partei ermordet wurden.

I. Besi (Lehrerin)
Ihr vollständiger Name ist Besi Anus. Sie wurde Anfang der 8oiger Jahre von den türkischen Kolonialisten ermordet.
2. Ethem Akcam
Er ist an Magenkrebs gestorben und wird von der PKK wegen seines Kampfgeistes geehrt.
3. Cetin Akkurt
Er ist I984 bei einer Auseinandersetzung mit der türkischen Armee gefallen. Es gibt eine Kampfeinheit der PKK die seinen Namen trägt.

4. Yasar Organ
Er ist bei einem Unfall (Sturz von einer Klippe) ums Leben gekommen. Er wird in den Zeitungen als Märtyrer geehrt. Z.B. : Serxwebun, Kurdistan Report.

Die weiteren Namen von Personen, die als ermordet gelten, sind von Kämpfern die entweder in den Reihen der nationalen Befreiungsbewegung leben und z.T. auch kämpfen oder in den Gefängnissen Widerstand leisten.

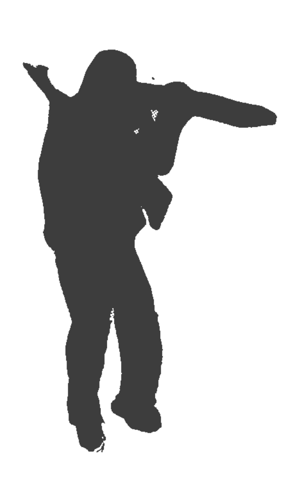
Allein schon die Nennung dieser Namen ist für sie und ihre Angehörigen lebensgefährlich.



Es wird behauptet:
Zitat aus dem Flugblatt:

> Auf der einen Seite steht die Partei selbst bzw. ihr Zentralkomitee, auf der anderen Seite steht der Rest der Welt. Die PKK betrachtet sich als Anlaß und Motor aller Entwicklungen auf der Welt: So sei der Falklandkrieg 1983 z.B. ein Ablenkungsmanöver gewesen, um den Kampf der PKK zu verschleiern. Und der eigentliche Grund für den Einmarsch der Israelis in den Libanon 1982 sei die Vertreibung der PKK'ler aus dem Libanon gewesen. Ebenso handele es sich bei den Diskussionen um eine Amnestie für politische Straftaten vor dem Militärputsch und das „Reuegesetz" um Erfindungen, die dazu dienen sollen, den revolutionären Kampf der PKK zu schwächen.
>
> Derlei Aussagen, die man nicht mehr als politische Einschätzungen sondern vielmehr als die Hirngespinste eines Schlafwandlers bezeichnen muß, finden sich zur Genüge in der Parteizeitung der PKK.

Diese Aussage ist eine Lüge. In den Publikationen der PKK steht so etwas nicht, man/frau kann das nachlesen (z.T. auch in deutscher Sprache).
Insbesonders die letzte Behauptung, die Dis kussion um die Amnestiefrage und die Proklamierung des Reuegesetzes wird in den Bekanntmachungen so beschrieben, daß sie nicht nur den Kampf der PKK sondern aller revolutionären Bewegungen schwächen wird (nachzulesen im Kurdistan Report, dem Organ der " Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ")
Dies ist eine ideologische Feststellung, dessen Diskussion freisteht.



Im Flugblatt heißt es,
Zitat:

> Mitglieder der PKK haben im August vergangenen Jahres in den kurdischen Gebieten der Türkei bewaffnete Aktionen gegen das Militär begonnen und eine Offensive der türkischen Armee in diesem Gebiet ausgelöst. Bei den Kämpfen starben nach Angaben der türkischen Militärs bisher 268 Menschen (80 Zivilisten, 75 Soldaten und 113 PKK-Anhänger). Im Laufe dieser Kämpfe hat die PKK mehrere Kurden getötet; einzig und allein mit der Begründung, daß sie nicht bereit waren, die von der Organisation geforderte Unterstützung zu leisten.

Im August I984 hat die PKK bewaffnete Widerstandsaktionen begonnen, die mit 4o % Zivilbeteiligung stattfanden und bis heute verstärkt andauern. Dies sind Aktionen bewaffneter Propagandaeinheiten, deren Hauptziel es ist Propaganda und Organisationsarbeit zu leisten um eine Volksfront sowie Volksarmee aufzubauen.
Die Anzahl der Toten gibt das HRK - Pressebüro (Bewaffneter Arm der PKK) am I5.8.85 mit über I0oo an, wovon 3o% Offiziere sind. Die Zahl der toten PKKler gibt sie mit 75 an. Daß die Türkei andere Zahlen nennt, ist klar, aber warum übernehmen sogen. "Revolutionäre" diese Zahlen?
Die PKK hat einige Leute umgebracht, weil sie Agententätigkeiten machten und den Widerstand verhindern wollten. Solche Bestrafungen gab es bei allen Befreiungskämpfen (wie z.B. in Vietnam, Kuba, Nicaragua u.s.w.).

Im Flugblatt heißt es weiter, Zitat:

> So tötete die PKK eine 75-jährige Frau, weil sie eine von ihr verlangte Hilfe verweigerte. In Sibiyan tötete sie 4 Kinder und 5 Frauen, weil sie von der Partei verlangte Lebensmittel nicht gegeben haben. Außerdem hat die PKK Kinder, die sie entführt hat, um von ihren Eltern Geld zu erpressen, umgebracht, wenn die Familien das Geld nicht zahlen konnten. Diese Morde hat die PKK in ihrer eigenen Zeitung berichtet und legitimiert.

Der Mord an dieser 75-jährigen Frau wurde als Greuelmärchen von der türkischen Tageszeitung Milliyet verbreitet und gehört zur psychologischen Kriegsführung. In Sibivyan wurde ein Agent liquidiert. Die fünf Frauen und vier Kinder wurden wegen Unterstützung der PKK am 9.II.84 in Karajecit von den Kolonialisten ermordet. Nachzulesen in der November 84 Ausgabe der Publikationen der PKK. Die Entführung von Kindern durch die PKK und die Legitimation durch die Zeitungen ist eine Lüge und ist bitte zu beweisen.

Weiter geht es mit der Behauptung,
Zitat:

> Das kurdische Volk ist in den Augen der PKK eine gesichtslose Masse, die durch ihre Kolonialisierung beinahe auf die Stufe einer tierischen Existenz herabgedrückt wurde. Dieses Schicksal prädestiniere sie zur Kollaboration mit dem Regime. Die Stadt Tunceli z.B. sei eine vom Staat gegründete Agentenstadt und jeder Einwohner Tuncelis ein Agent des Regimes. Die PKK selbst versteht sich als die Organisation, die die Bevölkerung von diesem Los befreien wird. wer diese Rolle der PKK als der alleinige Erlöser des kurdischen Volkes nicht akzeptiert, gilt als potentieller Agent; diese Elemente gelte es zu liquidieren. Ebenso wie die mögliche Ermordung solcher Parteimitglieder in Erwägung gezogen wird, die den Richtlinien der Organisation nicht bedingungslos folgen, rechtfertigt die PKK mit dieser Logik ihre Morde an einfachen Menschen aus der Bevölkerung.



Dazu heißt es frei übersetzt aus dem Manifest der PKK:
Das Ziel des Kolonialismus ist das kurdische Volk an den Rand einer tierischen Existenz zu bringen. Dem hat die PKK seinen Kampf angesagt.

Die Stadt Tunceli ist nach der Zerstörung der Stadt Dersim (nach dem kurdischen Widerstand I938) als Musterstadt errichtet wurden und wird als Pilotgebiet der Institualisierung des Kolonialismus in Kurdistan benutzt. Daß aus dieser Stadt prozentual die meisten Agenten rekrutiert wurden, ist charakteristisch für dieses Pilotgebiet und eine Tatsache (was aber nichts mit der Lüge zu tun hat, die PKK hätte Tunceli zur Agentenstadt erklärt). Von den 600

kurdischen und türkischen Linken

ärtyrern der PKK sowie den
iderstand leistenden PKK-lern
n den KZ's ist kein geringer
eil in Tunceli beheimatet.

s geht weiter mit der Behaup-
ung:
ie PKK würde mit 4oo Mann,
soliert von der Bevölkerung,
chon im 2-ten Jahr Aktionen
urchführen. Die türkische
egierung spricht selber von
a. 63o PKK-Kämpfern und Serje
rnold schreibt in der TAZ vom
6.7.85 über die Unterstützung
er Bevölkerung. Man/frau muß
s nur nachlesen. Wer die Wahr-
eit wissen will, dem empfehlen
ir eine der zahlreichen
eranstaltungen, Demos
nd Aktionen von kurdi-
chen Patrioten in der
RD zu besuchen, die in-
wischen mit zehntausen-
en von Beteiligten statt-
inden. Die Behauptung, die
KK hätte sich bis vor kur-
en von der irakischen kur-
ischen demokratischen Par-
ei aushalten lassen, ist
ine Lüge. Daß Syrien sei-
e Nase im Spiel hat und
nterm Tisch der KGB
der seine Finger ja über-
ll hat) ebenso. Darauf
raucht man/frau genauso-
enig einzugehen wie auf
ie 4o bis 5o verbliebenen
KK-ler, die sich irgentwo
n Syrien herumtreiben
ollen. Das kann man/frau
n der Miliyet vom 3o.9.85
is 7.Io.85 und in der
ercuman vom I5.II.85 bis
2.II.85 nachlesen. (Die-
e Zeitungen stehen nicht
m Verdacht PKK Organe zu
ein).
nverschämt wird es aber
it der Behauptung, daß
ie PKK vier KUK (Natio-
ale Befreier Kurdistans)
nd ein IKP (Kommunis-
ische Partei Iraks)
itglied brutal ermordet
aben soll. Die Wahrheit:
ie IKP-ler und KUK-ler
aben in Zusammenarbeit
it anderen Organisationen
in Komplott gegen acht
KK-ler unternommen. Diese
cht sowie die fünf o.g.
amen ums Leben bei dieser
useinandersetzung.
Nachzulesen im Kurdistan
eport Nr. I2 und I3.)



nd noch ein Zitat:

> Die militärischen Aktionen der PKK in Kurdistan eit August 1984 haben dem Befreiungskampf der urdischen Bevölkerung schwere Schläge versetzt und achhaltige Spuren hinterlassen, denn sie haben das eben vieler Menschen gefordert.

Empfehlung: Geht und fragt
doch bitte weil es aktuell
ist die Nicaraguaner wieviele
Verluste, Schläge und Menschen-
leben die Vertreibung Somozas
gekostet hat!
Die bürgerliche Opposition
würde Aufgrund der Aktionen
der PKK den Terror von vor dem
Putsch auf die Linken abwälzen.
Dazu nur: Wir dachten immer es
wäre seine Aufgabe.
Aber was sagt man dazu,

Zitat:

> Die PKK hat sich durch ihr terroristisches Vorgehen

u.s.w., das haben wir doch schon
mal gehört. Hat das nicht schon
einmal die Junta Presse geschrie-
ben?

Wieder ein Zitat:

> im August 1984 hatten sich an die 100 PKK'ler, darunter führende Mitglieder, wegen der innerorganisatorischen Konflikte dem Militär gemeldet. Weitere etwa 100 Leute haben sich nach und nach in kleinen Gruppen von der Organisation abgesetzt.

Das ist eine bodenlose Frechheit.
Sogar die Junta spricht von nicht
einmal Io PKK-lern die sich er-
geben haben. Es wird das Bild
von einer armseligen, kleinen
Partei vermittelt, wie kann es
angehen, daß die PKK in der
türkischen Presse und nicht nur
dort Thema Nr. I ist? Das scheint
ja gerade so als ob der Verfasser
dieses Flugblattes in Kurdistan
mit dem Fernglas guckt, mit so
einer Frechheit wird von Ioo,
in kleinen Gruppen sich absetzen-
den Leuten gesprochen.



Auf die Frage,
Zitat:

> **Wo steht heute die PKK?**

wird die Antwort gegeben,
Zitat:

> Was Faschisten und Militärs in 10 Jahren nicht geschafft haben, das wird auch die PKK nicht schaffen.

Diese Antwort zeigt das wahre
Gesicht der Verfasser dieses
Flugblattes. Sie bezeichnen
die PKK de facto als Faschis-
ten, Terroristen u.s.w.. Dazu
können wir nur sagen: "Wenn
Terrorist sein heißt Schluß
mit der Barbarei in Kurdistan,
wenn Faschist sein heißt Kampf
gegen Imperialismus und Koloni-
alismus, dann wollen wir die
besten Terroristen und Faschis-
ten sein".



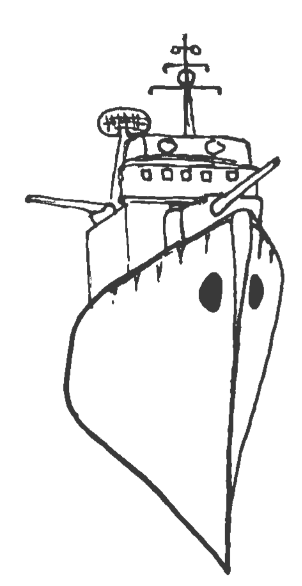
Zum Schluß noch einige Worte
über die Verfasser:

Hamburg-Devrimci Isci ist heute
eine Gruppe von Leuten die frü-
her in Devrimci Isci der Aus-
landsorganisation der Dev-Yol
(eine der größten linken Orga-
nisationen der Türkei) organi-
siert waren. Diese Organisation
ist I983 in eine Diskussion
getreten die zur Spaltung der
Partei führte. Dadurch wurde
sie zu einer bedeutungslosen
Gruppe von der wir bis jetzt
nicht wußten womit sie sich
beschäftigt.

Wir in Hamburg lebende kurdi-
sche Patrioten bedanken uns für
die Möglichkeit einer Stellungs-
nahme und für die Aufmerksamkeit
der Leser. Wir machen weiter
für ein vereinigtes, demokrati-
sches Kurdistan und bedanken uns
im Voraus für eure Solidarität.

Was ist los mit Hamburgs Linken?

Die Bullen hatten am 7.II.
von der Demo gegen das
faschistische Regime in der
Türkei wohl mehr erwartet,
denn sie waren zahlreich
erschienen.
Ungefähr Ioo Antifaschisten
hatten es geschafft,bei zu-
gegeben nasskalten Wetter,
zum Sammelplatz auf die
Moorweide zu kommen.



Anlass der Demo: Bei Blohm&
Voss wurde die erste Fregat-
te für die Türkei vom Stapel
gelassen, man will das Regime
das seit dem Putsch der Mili-
tärs im September I98o, das
Volk brutal unterdrückt (Fol-
ter, Todesurteile, Krieg ge-
gen das kurdische Volk,)
weiter aufrüsten.

Ende Juni wurde im türkischen
Parlament das neue Polizei-
gesetz verabschiedet, im Klar-
text: Die Bullen übernehmen,
was vorher von Militärs prak-
tiziert wurde (willkürliche
Verhaftungen, Aufbrechen von
Wohnungen, kulturelle Veran-
staltungen stören oder auf-
heben).
Todesschüsse und Folterungen
werden mit dem Gesetz faktisch
legalisiert.
Während politische Gefangene
in der Türkei versuchen durch
Hungerstreiks bessere Haft-
bedingungen zu erkämpfen, gibt
es gleichzeitig in der BRD
ausreichen Grund zum Feiern,
ist sie doch gewillt, den
Faschisten auch weiterhin mit
Militärhilfe zu unglaublich
niedrigen Kreditbedingungen
freundschaftlich unter die
Arme zu greifen.

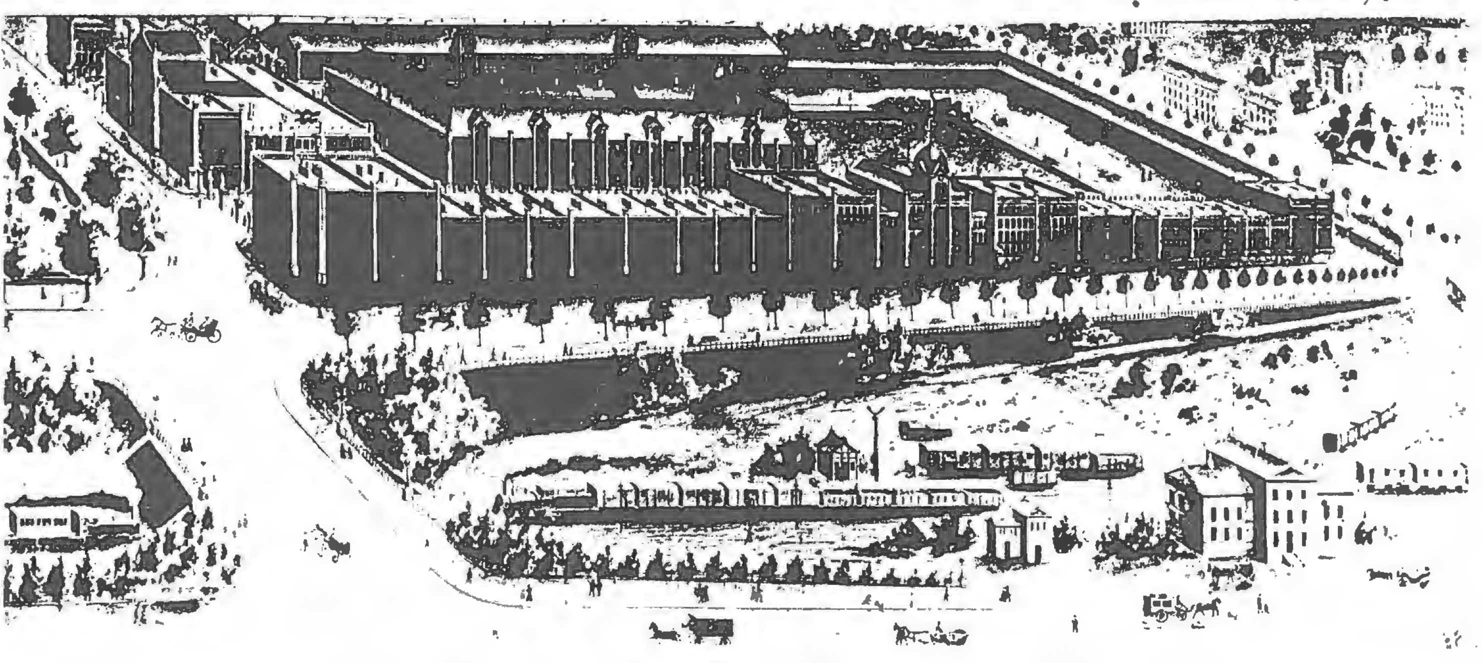
Wo feiert man am besten?
Natürlich in Hamburgs Nobel-
hotel Interconti.

Nachdem wir von der Moorweide
einen Abstecher in den Mittel-
weg zum türkischen Konsulat
gemacht hatten, um auch dort
unseren Unwillen kundzutun,
sind wir weiter in die Fon-
tenay zum Interconti. Eine Suite
in dem Kapitalistenstall kos-
tet dort je nach dem, ob Al-
stersuite 64o,- oder Präsi-
dentensuite I2oo,- pro Über-
nachtung. 2oo Menschen, da-
runter auch der Oberbefehls-
haber der türkischen Marine
Admiral Zahit Atakan, fanden
Anlass genug zum Feiern.

Es ist der reinste Horror,
vor so einem Schuppen zu ste-
hen und zu wissen, das in der
ganzen Welt Menschen ums Über-
leben kämpfen müssen, das
Kinder mitkämpfen und erschos-
sen werden, daß andere sich
verstümmeln und Frauen sich
prostituieren um zu überleben.
Mir wird speiübel bei dem Ge-
danken was die Kapitalisten-
ärsche mit der Kohle anfangen.

Ich denke, daß die Feier nicht
großartig gestört wurde, sie
haben ihre Ärsche nicht aus
ihren bequemen Sesseln gehoben,
sie haben uns nicht gehört, kein
Wunder, bei nur einer handvoll
von Demonstranten.

Geschichte des Schanzenviertels und Umgebung



Bahnhof Sternschanze. Im Hintergrund die Zollvereinsniederlage, heute etwa Standort des Hamburger Schlachthofes.
(Mus. f. Hamb. Gesch.)

Geschichte der Verbindungsbahn
Teil 1: 1866 - 191o
==================================

Daß die Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn durchs Sternschanzenviertel verläuft, ist zwar nicht gerade ein Zufall, aber auch keine Selbstverständlichkeit.
Als in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Streckenführung diskutiert wurde, waren Vorschläge im Gespräch wie z. B. der, die Bahn an der Elbe entlang zu bauen (um den Hafen gleich mit anzuschließen), oder der, sie von Altona über Eppendorf - Winterhude nach Hamburg zu führen, oder gar von Pinneberg über Harksheide - Poppenbüttel - Siek nach Aumühle.
Gerade dieser letzte Vorschlag macht deutlich, daß es bei der Verbindungsbahn weniger darum ging, die Städte Hamburg und Altona miteinander zu verbinden und ein Nahverkehrsmittel zu schaffen.
Vielmehr standen Kapitalinteressen der Eisenbahngesellschaften im Vordergrund: die seit 1844 bestehende Kiel-Altonaer Eisenbahn hatte sich zwar inzwischen ein verzweigtes Bahnnetz in Holstein geschaffen, aber sie hatte keinerlei Verbindung zum Streckennetz im übrigen Deutschland. In Hamburg endete seit 1846 die Bahnlinie aus Berlin - es bot sich also an, durch die Verbindung beider Bahnen den Reiseverkehr und damit das Geschäft beider Bahnen anzukurbeln. Was gelang.
Wieso man sich letztlich für diese Streckenführung entschieden hat, konnte ich nicht ergründen, nehme aber an: weil sie der kürzeste Weg und der Weg des kleinsten Widerstands war, denn diese Gegend war noch weitgehend unbebaut; es mußten also kaum Häuser abgerissen werden.
Schon 186o schloß Hamburg mit dem dänischen König einen Vertrag über den Bahnbau. Der preußisch-dänische Krieg verzögerte indes den Baubeginn; am 3o. Oktober 1864 wurde Altona preußisch, und nun wurde der Bau mit Eile vorangetrieben. Schon 1865 wurde die im Altonaer Gebiet liegende Teilstrekke für den Güterverkehr freigegeben, und am 16. Juli 1866 begann der Personenverkehr über die Verbindungsbahn zu rollen, und zwar 14 Züge täglich in jeder Richtung.

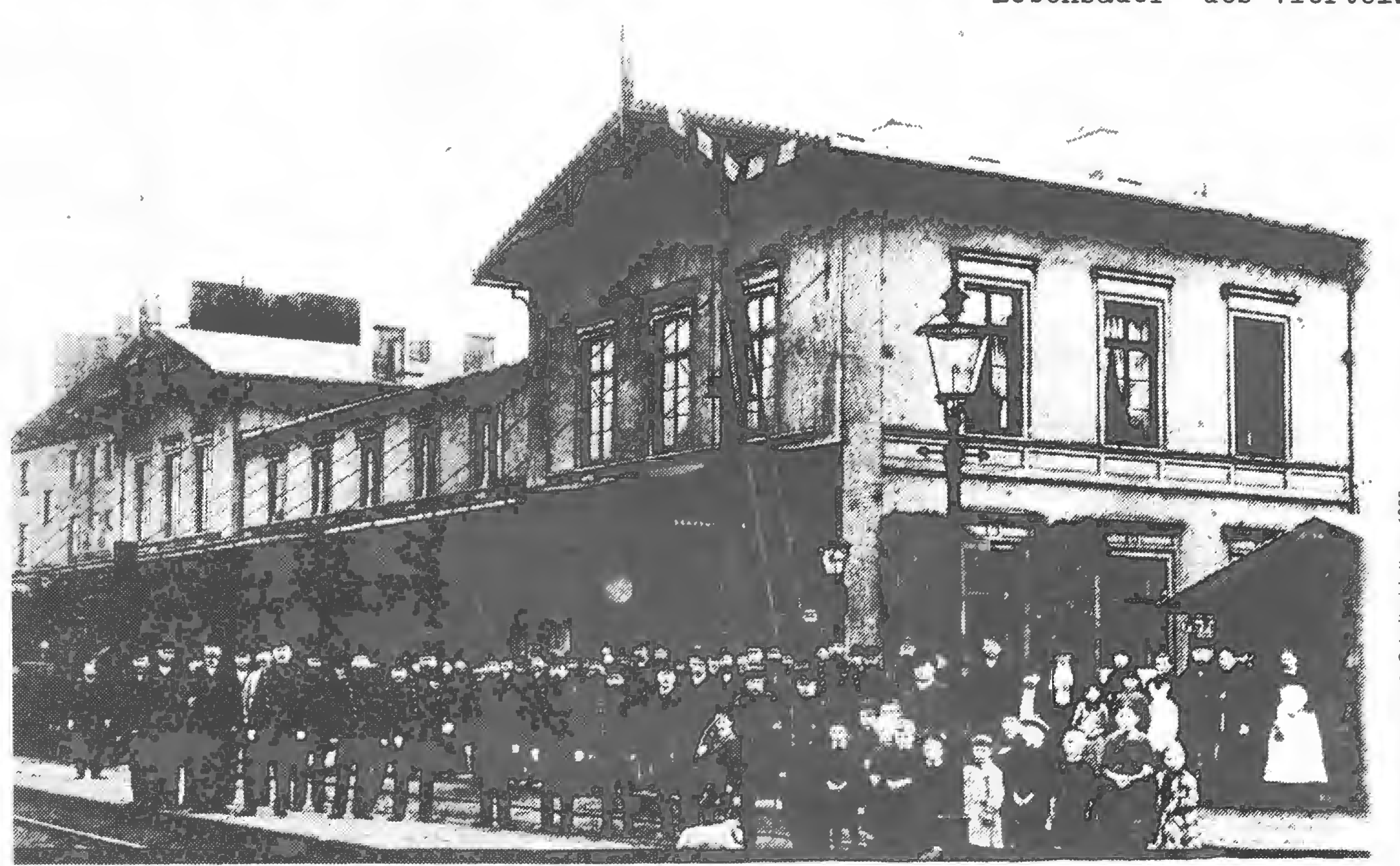
Ironischerweise lagen im Bereich des Schanzenviertels zwei Bahnhöfe, als es das Schanzenviertel noch gar nicht recht gab: auf Altonaer Gebiet der Bahnhof Schulterblatt, der quer über die Friedensstraße (heute Lippmannstr.) gebaut war, so daß diese Straße von ihrer Verlängerung, dem Langenfelder Weg, abgetrennt wurde; und auf Hamburger Gebiet der alte Bahnhof Sternschanze etwa 5oo m östlich des heutigen (wo er noch immer steht).

Diese Anlage der Bahnhöfe läßt erkennen, daß die "Ballungsgebiete" entlang der Strecke anders gelagert waren als heute: das Schulterblatt und seine Altonaer Parallel- und Querstraßen waren schon recht dicht bebaut, während die Bebauung des Gebiets zwischen Schulterblatt und Schanzenstraße in diesen Jahren erst allmählich einsetzte. Der näher zur Rentzelstraße gelegene Sternschanzenbahnhof war für die Bewohner des Karolinenviertels und der Grindelgegend besser zu erreichen.
Die alte Verbindungsbahn verlief ebenerdig. An den Straßenübergängen taten Bahnwärter mit roten Signalflaggen und Sperrketten ihren Dienst, bevor sie 1888 - 91 wegen der zunehmenden Verkehrsdichte (und wohl auch aus Rationalisierungsgründen) durch Bahnschranken ersetzt wurden.

Trotzdem erwies sich die Bahn als ein unfallträchtiges Verkehrsmittel. Mehr als einmal wurden Passanten von Zügen erfaßt und verletzt oder getötet.
Außerdem stellte sie ein immer größeres Verkehrshindernis dar, denn sowohl der Zugverkehr als auch der Straßenverkehr nahmen in den folgenden Jahren immens zu. 1895 fuhren nicht mehr 14, sondern 7o Züge pro Richtung täglich über die

lich hundervierzigmal die Schranken heruntergelassen werden mußten, oder etwa zehnmal stündlich.
Der Straßenverkehr andererseits nahm um so stärker zu, je dichter das Gebiet links und rechts der Bahn bebaut wurde und je schneller die Vororte wuchsen, denn die meisten Straßen, die die Verbindungsbahn kreuzten, waren "Ausfallstraßen" von und nach Hamburg und Altona.
Darum ging man - während einer erstaunlich langen Bauzeit von 1891 bis 19o6 - daran, die gesamte Strecke in ihrer jetzigen Hochlage völlig neu zu bauen. Dabei wurde die Streckenführung etwas geändert (siehe Karten gegenüber), und die Bahnhöfe wanderten westwärts: 1893 löste der neue Hallenbahnhof Holstenstraße den Schulterblattbahnhof ab, und der alte Sternschanzenbahnhof trat am 15. Mai 19o3 "außer Dienst". Der dafür entstandene Hallenbahnhof Schanzenstraße wurde bald wieder in Sternschanze umgetauft - bei derlei Nebensächlichkeiten durfte der Volksmund auch mal mitreden.
Einen Monat später mußte auch der Dammtorbahnhof quasi die Dammtorstraße überqueren.
Mittlerweile verkehrten auf der Strekke die Züge längst nicht mehr nur von Altona Hbf bis Hamburg-Klosterthor, sondern durchgehend von Blankenese bis Hasselbrook, ab 19o6 bis Ohlsdorf. Auch die Elektrifizierung der Strecke wurde lange vor dem ersten Weltkrieg abgeschlossen. Die S-Bahn mit ihrem vom übrigen Bahnverkehr unabhängigen Zeittaktverkehr entwickelte sich.

Das war auch durchaus notwendig.
Waren 1866 bei der Eröffnung der Verbindungsbahn Reisen noch ein Privileg bürgerlicher und gehobener Schichten gewesen und hatte damals nur eine Minderheit der Handwerker, Hafen- und Fabrikarbeiter und anderer Unterschichtsangehöriger einen nennenswerten Weg vom Wohnort zur Arbeitsstätte zu bewältigen, so schoben sich zu Beginn dieses Jahrhunderts bereits täglich Massen durch Hamburg auf dem Weg zur oder von der Arbeit.
Gerade auch das Sternschanzenviertel war, wenn auch nicht ohne Industrie und Gewerbe, ein typisches Arbeiterwohnviertel - hier wohnten z.B. Hafenarbeiter, die aus dem Hafen hierher umgesiedelt worden waren, oder vom Land Zugewanderte, die hier ihre Wohnung und ihren Arbeitsplatz vielleicht in Ottensen gefunden hatten und nun tägliche Arbeitswege bewältigen mußten.
Dafür, aber auch z.B. für den abendlichen Kultur- und Vergnügungsbetrieb rund um das Schulterblatt, der gerade zur Kaiserzeit eine Blüte erlebte, waren Massenverkehrsmittel notwendig geworden. Die Verbindungsbahn war eine "Lebensader" des Viertels!



Ansicht des Bahnhofs Schulterblatt um 1888

Vertrag

ꝛen dem hohen Senate der freien und Hansestadt Hamburg und Sr. Majestät dem Könige von Dänemark, betreffend

die Herstellung einer Hamburg-Altonaer Verbindungs-Eisenbahn;

ꝛzeichnet zu Kopenhagen, den 30. April 1860. Die Ratificationen sind am 2. August d. J. zu Kopenhagen ausgewechselt.

Bekanntmachung.

Nachdem die Ratificationen des am 30. April 1860 zwischen dem Senate und Majestät dem Könige von Dänemark über die Herstellung einer Hamburg-Altonaer ꝛindungs-Eisenbahn abgeschlossenen Staatsvertrages am 2. August d. J. zu Kopenꝛn ausgewechselt sind, bringt der Senat denselben nachstehend zur öffentlichen Kunde.

Gegeben in der Versammlung des Senates.

Hamburg, den 8. August 1860.

Der Hohe Senat der freien und Hansestadt und Sr. Majestät der König von ꝛemark ꝛc., in dem Wunsche übereinstimmend, den Verkehr zwischen den beiderseitigen ꝛatsgebieten, sowie auch zwischen sämmtlichen mit Hamburg und Altona durch Eisenꝛen verbundenen Ländern mittelst einer Verbindungsbahn zwischen diesen beiden ꝛdten zu erleichtern, und zugleich den Bestimmungen des Art. 6 des Vertrags vom ꝛovember 1841, die Feststellung der Verhältnisse der Hamburg-Bergedorfer zur Berlinꝛgedorfer Eisenbahn betreffend, eine erweiterte Anwendung zu geben, haben zum ꝛufe einer hierüber zu treffenden Vereinbarung zu Bevollmächtigten ernannt.

Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg:
Seinen Minister-Residenten am Königlich dänischen Hofe, Herrn Dr. Friedrich Krüger, Commandeur des Dannebrogordens ꝛc. ꝛc.
Seine Majestät der König von Dänemark:
Allerhöchst ihren Departementschef im Ministerium für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, Herrn Willibald Paul Emil von Rumohr und Allerhöchst ihren Kammerjunker und Chef des Expeditions-Secretariats des Finanz-Ministeriums, Herrn Frederik Emanuel Ramus, Ritter des Dannebrogordens und Dannebrogsmann ꝛc. ꝛc.,

ꝛhe nach vorangegangener Verhandlung mit Vorbehalt der Ratification über nachꝛnde Artikel übereingekommen sind.

Art. 1. Die Hohen Contrahenten werden ein Jeder für sein Gebiet die Herꝛung und den Betrieb einer Eisenbahn zwischen dem Altonaer Bahnhofe der König ꝛstian VIII. Ostseebahn und dem Hamburger Bahnhofe der Hamburg-Bergedorfer ꝛnbahn gestatten und die dazu nöthige Concession ertheilen.

Art. 2. Jeder der Hohen Contrahenten erläßt hinsichtlich des Baues und der ꝛmmten Verwaltung der Bahn, so wie auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zu öffentꝛn Behörden und Einrichtungen und zu Privatpersonen innerhalb seines Gebiets die ꝛrderlichen Vorschriften.

Die Spurweite der Bahn wird auf 4' 8½" englischen Maaßes im Lichten der ꝛienen festgesetzt.

Art. 3. Die Unternehmer der Verbindungsbahn haben sich jederzeit die Einꝛdung anderer bei Hamburg oder Altona ihren Endpunkt erreichenden Eisenbahnen in ꝛelbe gefallen zu lassen, und verpflichtet sich eine jede der Hohen contrahirenden Regieꝛgen, die zu solcher Einmündung etwa auf ihrem Gebiete erforderlich werdenden ꝛienenverbindungen in ihr geeignet erscheinender Weise zu gestatten.

Art. 4. Als leitenden Grundsatz für die Ordnung des Betriebes und die Festꝛung des Fahrplans der Verbindungsbahn werden die Hohen Contrahenten den mögꝛ unmittelbaren Anschluß an die Züge der bei Hamburg und bei Altona ausmündenꝛ Bahnen gleichmäßig resp. nach und von Altona, sowie nach und von Hamburg ꝛnächst annehmen.

Art. 5. Zwischen den Angehörigen der freien und Hansestadt Hamburg und Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, sowie auch zwischen den Verꝛtungen der in die Verbindungsbahn einmündenden Bahnen soll mit Bezug auf die ꝛutzung der Verbindungsbahn überhaupt, so wie insbesondere bei Festsetzung der ꝛörderungspreise und hinsichtlich der Zeit und Art der Abfertigung für Personen und Güter irgend ein Unterschied nicht gemacht werden. Die Verpflichtung bestehender Eisenbahngesellschaften, die Einwohner Altonas mit denen Hamburgs rücksichtlich des unentgeltlichen Gütertransports von und nach ihren bei letzterer Stadt belegenen Bahnhöfen gleichzustellen, wird jedoch hierdurch nicht abgeändert, noch auch die Auferlegung derselben Verpflichtung mit Bezug auf etwa künftig zu concessionirende Gesellschaften ausgeschlossen.

Art. 6. Die Gütertransporte, welche, aus dem Gebiete Sr. Majestät des Königs von Dänemark kommend oder dahin gehend, auf der Verbindungsbahn und den an dieselbe sich anschließenden Bahnen das Gebiet der freien und Hansestadt Hamburg transitiren, werden ohne Rücksicht auf ihren ersten Abgangs- und endlichen Bestimmungsort und darauf, daß sie auch das Gebiet Sr. Majestät des Königs etwa nur im Durchgange berühren, von Seiten des Hohen Senats der freien und Hansestadt Hamburg zu keiner Zeit und unter keiner Form irgend einer Abgabe unterworfen, auch wird rücksichtlich derselben keine Transito-Clarirung verlangt, sondern wird die Durchgangs-Controlle, welche mit Rücksicht auf anderweitige Einrichtungen in dem Gebiete der freien Stadt Hamburg etwa, erforderlich werden möchte, sei es durch zollamtlichen Verschluß oder betreffenden Eisenbahn-Güterwagen während ihres Durchgangs durch das Hamburgische Gebiet oder in einer anderen, keine größere Belästigung des Verkehrs in sich schließenden Form ausgeübt werden.

Art. 7. Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg wird in die Seinerseits zu ertheilende Concession die Verpflichtung für die Unternehmer der Verbindungsbahn aufnehmen, die Königl. dänische Post gegen eine billige Vergütung mit jedem Zuge zu befördern, und wird den bei der Beförderung dieser Post verwendeten Postbeamten den Aufenthalt in Hamburg unter denselben Bedingungen, wie sie für die bei dem Königlich dänischen Ober-Postamte daselbst angestellten Beamten bestehen, gestatten.

Art. 8. Einem jeden der Hohen Contrahenten steht es frei, die Verbindungsbahn auch zum Behuf der Durchführung von Truppen und Militair-Transporten durch das Gebiet des anderen zu benutzen, jedoch wird eine jede Durchführung der genannten Art in angemessener Frist vorher gegenseitig angezeigt werden.

Art. 9. Vor Ablauf der zum Bau und Betriebe der Verbindungsbahn von den Hohen Contrahenten ertheilten Concessionen oder einer derselben oder im Fall eines früheren Erlöschens derselben aus anderen Gründen soll über die Fortsetzung des Betriebes auf der gedachten Bahn zwischen den Hohen Contrahenten eine nähere Verabredung stattfinden.

Art. 10. Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg wird den Art. 6 des Vertrages vom 8. November 1841, die Feststellung der Verhältnisse der Hamburg-Bergedorfer Eisenbahn zur Berlin-Bergedorfer Eisenbahn betreffend, vom Tage der Eröffnung der Verbindungsbahn an und für die Dauer ihres Betriebes auch auf diejenigen Waarentransporte zur Anwendung bringen, welche nach dem Depothofe der Hamburg-Bergedorfer Bahn gehend oder daher kommend die Stadt Altona lediglich im Durchgange berühren.

Der Hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg erklärt sich überdies bereit, von demselben Tage an und für die Dauer des Betriebes der Verbindungsbahn auch den von oder nach den auf Hamburgischem Gebiet etwa anzulegenden Bahnhöfen anderer Eisenbahnen zunächst nach dem Gebiete Sr. Majestät des Königs von Dänemark gehenden oder von daher kommenden Gütertransporte, für welche nicht schon anderweitig besondere Verabredungen getroffen sind, in Lastwagen in ungebrochener Ladung einen unmittelbaren Durchzug durch das Gebiet der freien und Hansestadt Hamburg auf dafür nach Bedürfniß näher zu bestimmenden Wegen abgabenfrei und ohne Transito-Clarirung zu verstatten und die bezüglichen Controlmaaßregeln im Sinne möglichster Erleichterung des fraglichen Verkehrs und ohne Unkosten für denselben anzuordnen.

Art. 11. Gegenwärtige Vereinbarung soll in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und den Hohen Contrahenten zur Ertheilung der Ratification vorgelegt werden, deren Auswechselung binnen zwei Monaten oder früher in Kopenhagen stattfinden wird.

Dessen zur Urkunde ist diese Vereinbarung von den Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

Geschehen zu Kopenhagen, den 30. April 1860.

(gez.) Krüger, Dr. (L. S.)

(gez.) W. Rumohr. (L. S.)

(gez.) Ramus. (L. S.)

Liebe Leser der letzten Nummer,
die fehlende Zeile heißt:
"Während Hamburgs Innenstadt"..
..soll nicht wieder vorkommen!

Aus einer alten Betriebsvorschrift

§ 55.

Abteile für zugempfindliche Reisende.

Für kranke und zugempfindliche Reisende sind in jedem Triebwagen 4 Abteile, und zwar die beiden äußersten neben den Führerständen gelegenen Abteile und die beiden in der Mitte der Doppelwagen befindlichen Stirnwandabteile vorgesehen.

Die Fenster dieser Abteile dürfen nur mit Zustimmung aller Fahrgäste dieser Abteile geöffnet werden,

Bei Meinungsverschiedenheiten der Reisenden über das Schließen und Öffnen der Fenster haben die Aufsichtsbeamten, Türschließer, das Zug- und Revisionspersonal dafür zu sorgen, daß die Fenster geschlossen werden.

Durch die Regelung von Meinungsverschiedenheiten dürfen Zugverspätungen nicht entstehen. (Beschilderung der Abteile s. § 29).

§ 56.

Reisende mit stark beschmutzter Kleidung.

Die Beförderung von Reisenden mit stark beschmutzter Kleidung ist unstatthaft.

Solche Reisende sind an der Bahnsteigsperre anzuhalten und unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 11(2) E. V. O. mit dem Bemerken, daß durch ihre beschmutzte Kleidung die Mitreisenden belästigt würden, von der Fahrt auszuschließen.

Es kommen hierbei vor allen Dingen Reisende in Betracht, deren Kleidung stark mit Fett, Teer, Ruß usw. beschmutzt ist.

Schornsteinfegern im Arbeitsanzuge ist die Mitfahrt weder in den Personen- noch in den Gepäckabteilen der Triebwagenzüge gestattet.

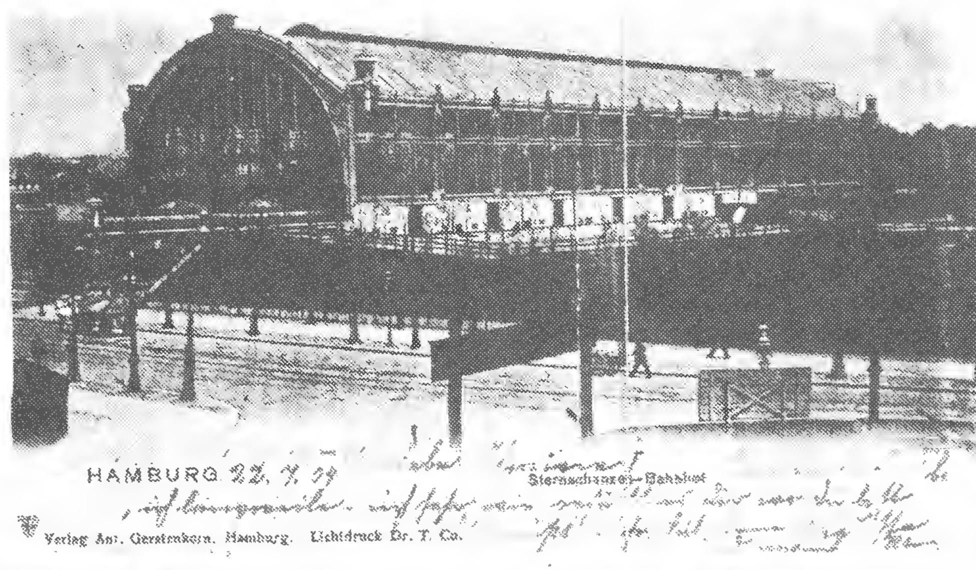
§ 57.

Mitnahme von Handwerkzeugen.

Die Mitnahme von unverpackten oder ungereinigten Handwerkzeugen, durch die Reisende verletzt oder belästigt werden können, ist verboten.

Es gehören hierzu: Sägen, Beile, Gabeln, Harken, ungereinigte Reibebretter für Mauerputz und dergleichen.

Bei den Werkzeugen, die Reisende verletzen können, genügt die Verpackung der Teile, die mit einer Schärfe oder dergleichen versehen sind.



Einst ein Hamburger Renommiergebäude und Postkartenmotiv: der "neue" Sternschanzenbahnhof kurz nach seiner Fertigstellung

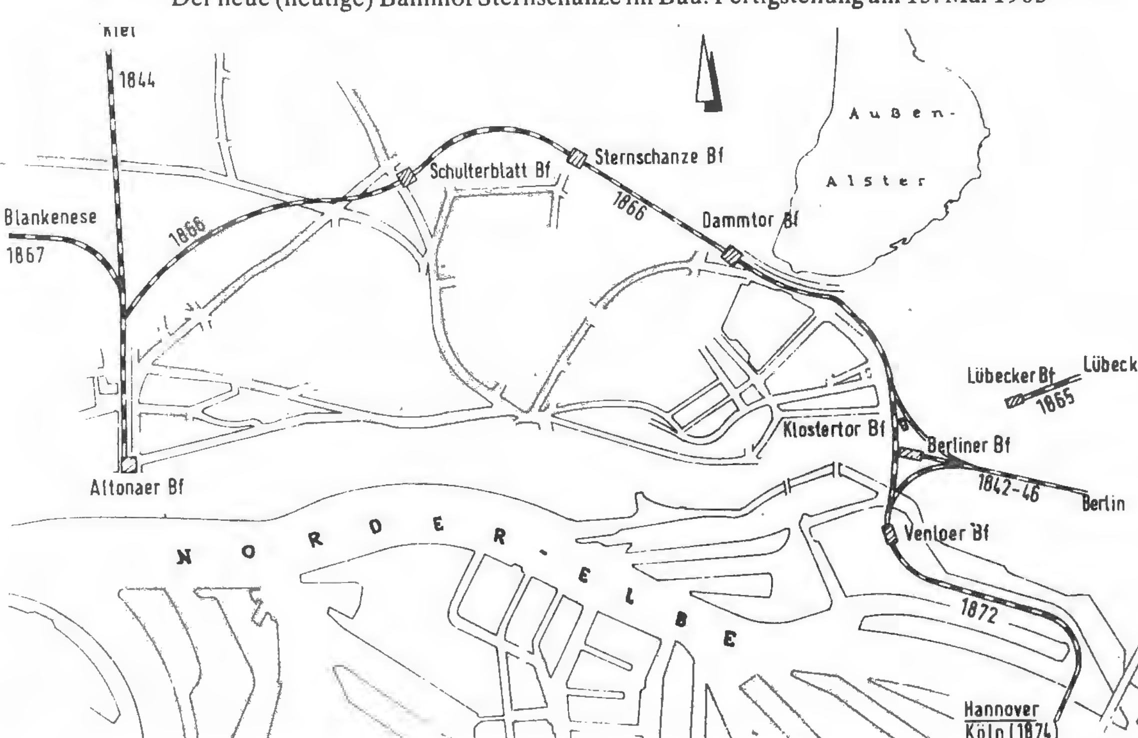


Der neue (heutige) Bahnhof Sternschanze im Bau. Fertigstellung am 15. Mai 1903

Fahrplan des Jahres 1872

Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn.

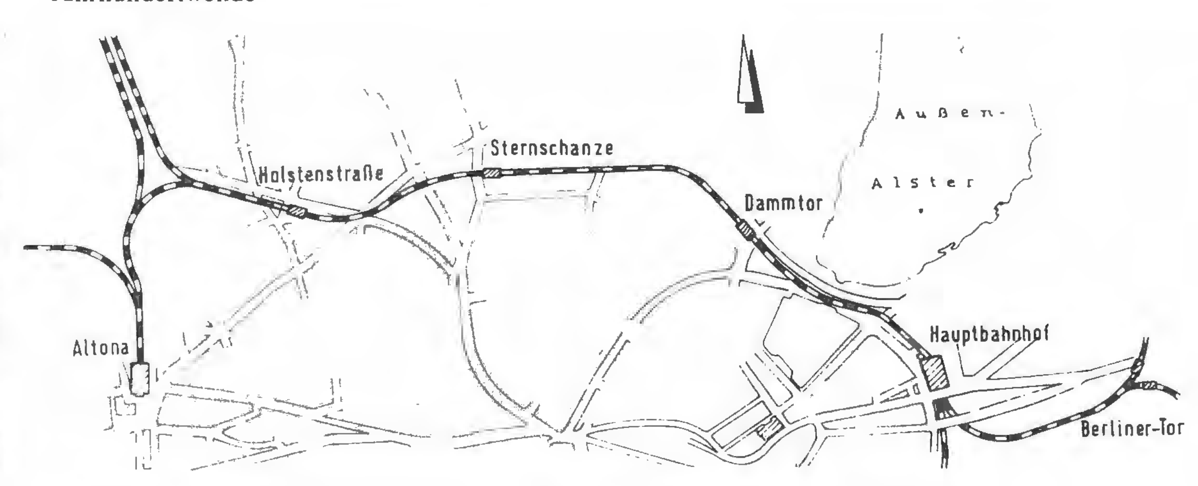
Stationen / Zug	I.	III.	V.	VII.	IX.	XI.	XIII.	XV.	Extrazug	XVII.	XIX.	XXI.	XXIII.	XXV.	XXVII.
	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.	u. M.
Ankunft vom Norden in Altona	-.-	-.-	-.-	-.-	10.10	-.-	-.-	-.-	-.-	3.40	-.-	-.-	-.-	8.-	9.30
Abfahrt von Altona	5.20	6.40	8.20	9.50	10.15	11.30	12.35	2.10	3.15	3.45	4.20	5.30	6.50	8. 5	9.35
Schulterblatt	5.25	6.45	8.25	9.55	10.20	11.35	12.40	2.15	3.20	3.50	4.25	5.35	6.55	8.10	9.40
Sternschanze	5.28	6.48	8.28	9.58	10.23	11.38	12.43	2.18	3.23	3.53	4.28	5.38	6.58	8.13	9.43
Dammthor	5.31	6.51	8.31	10. 1	10.26	11.41	12.46	2.21	3.26	3.56	4.51	5.41	7. 1	8.16	9.46
Ankunft in Hamburg	5.50	7.10	8.50	10.20	10.45	12. -	1. 5	2.40	3.45	4.15	4.50	6. -	7.20	8.35	10. 5
Abf. m. d. Berl. Hamb. Bahn	6. -	7.30	-.-	-.-	11.15	-.-	1.45	-.-	-.-	-.-	5. - / 5.20	-.-	-.-	10.30	10.30
Abf. n. Lübeck	-.-	7.45	-.-	-.-	-.-	12.30	-.-	3.15	-.-	-.-	-.-	-.-	8. -	-.-	-.-



Die Eisenbahnverbindungen in Hamburg und Altona vor den großen Umbauten zur Zeit der Jahrhundertwende



Bahnhof Sternschanze kurz vor der Stillegung (1866–1903)



Skizze der Bahnanlagen in Hamburg und Altona nach den Umbauarbeiten

Zum Lochte Interview

Tja, nun liegt uns also eine Abschrift der Kassette mit dem Interview mit Lochte komplett vor. Von der taz wurde ja behauptet, daß das gesamte Material vernichtet worden sei. Jenes stimmt ja wohl so nicht.
Uns stellte sich die Frage, was machen wir damit. Der Umfang von 37 Seiten läßt eine vollständige Dokumentation schon aus Platzgründen nicht zu. Andersherum, wem dient die Veröffentlichung von Lochtes Kontrukten überhaupt? Der autonomen Linken, einschließlich der Hafenstraße oder doch eher der Strategie Lochtes, mit dem Schreckgespenst RAF den Bruch innerhalb der Linken unkittbar zu machen, die Hafenstraße zu isolieren und sturmreif zu reden. Die zweite These dürfte die richtige sein. Welch anderen Sinn sollte es machen als den der Spaltung, wenn Lochte gerade der taz ein ellenlanges Interview gibt und darin seine RAF-Theorien in Zusammenhang mit der Hafenstraße zum Besten gibt, die in ihrem Zusammenhang nicht belegbar sind und auch sehr plötzlich kommen, denn seit dem Sommer '85 will Lochte eine Struktur der permanenten Gewalt erkennen.
Wir werden einige uns wichtig erscheinende Textteile in dieser und in der (den) nächsten Ausgabe(n) veröffentlichen und auch noch einmal ausführlicher dazu Stellung nehmen als jetzt. Also, lest es mit 'Vorsicht' und macht euch eure eigenen Gedanken dazu. Wer Interesse an dem ganzen Interview hat, kann es über unsere Kontakt-Adresse beziehen für DM 6,- (DM 4,- kopieren + DM 2,- für anstehende Prozesse, damit es noch etwas sinnvolles bringt). Ähem, erst das Geld, dann das Papier, geht leider nicht anders!
VIEL BLEI UM NICHTS ?!?

taz:"Um es zynisch auf den Punkt zu bringen: Solange die da bunt leben und sich irgendwie mit Kleinstkriminalität beschäftigen, ist das zwar unangenehm, aber in dem Milieu nicht aufregend, was soll's. In dem Moment, wo versucht wird, von außen eine politische Struktur hereinzutragen bzw. da auch eine politische Struktur entsteht, (es ist ja nicht nur von außen, es sind ja auch bei den Bewohnern Auseinandersetzungen gelaufen, man kann ja sogar beinahe von inneren Diskussionsprozessen, die ja manchmal recht handfest ausgetragen wurden - daß einige Leute auszogen und und und) - daß die Stadt ab dem Moment, wo sie sich politisiert haben oder wo sie, wie Sie es mal ausgedrückt haben - vorausgesetzt, Sie wurden richtig zitiert - daß vom Lumpenproletariat im Leninschen Sinne nicht mehr geredet werden kann, sondern festere Strukturen reinkommen - muß die Wohnungsfrage, die Frage der Mietverträge geregelt werden - über diesen Weg ?"

Lochte:"Ja, natürlich, Sie können es nicht zulassen, daß es hier einen Freiraum gibt in dieser Größenordnung von über 100 Personen, und das hat eine Gewaltstruktur dann. Politische Struktur sagen Sie, das ist ja richtig, aber damit dürfen wir ja nicht aufhören. Das ist ja eine politische Struktur, die auf Gewalt aus ist dann. Und die ständig auch Gewalt in die Stadt tragen wird. Das kann man nicht zulassen. Solchen Freiraum kann man nicht zulassen."

taz:"Mit welchen Kollegen treten Sie sich denn inzwischen in der Hafenstraße auf die Füße? Sie sind also im Zuge Ihrer Beobachtungen praktisch seit Sommer erst auf das Thema Hafenstraße aktiv gestoßen? Habe ich das richtig verstanden?"

L.:"Nein, wir haben das ja natürlich auch immer begleitet, und daher konnte man sagen: Was soll diese Aufregung! Das ist ja wichtig, man muß Bescheid wissen, damit man eben auch richtig beraten kann und sagen kann: Also, nun hört mal auf, so ist es ja nicht. Das ist ja eine unserer wichtigen Funktionen, daß wir eine Sache beschreiben können und sagen können in der Beratung: Jetzt keine Hysterie, keine Überschätzung und keine Paranoia seitens des Staates, wenn wenn man so will. Der Staat darf ja auch nicht überreagieren und darf nicht praktisch dann durch eine Überreaktion sich etwas züehten, was er vorher immer vermutet hat, und hinterher kommen dann die Schlaumeier und sagen: Ich habe es ja schon immer gesagt, daß es so ist. Es gibt doch immer einen gewissen Zusammenahng. Und dann darf ja nicht verkennen, daß da ja sehr viele junge Leute sind, also unter 18, das sind also Minderjährige für mich, nach wie vor. Und es ist aus meiner Sicht auch nicht gut, daß die da in so eine Sache hineinwachsen und später dann also nicht wieder zu Potte kommen. Es ist ja auch nicht möglich gewesen, über Sozialarbeit da noch etwas zu unternehmen, weil die Masse als solche - wo sie gesagt haben: Hier kommt keiner rein, an uns kommt keiner ran - das natürlich dann unmöglich gemacht hat. Und das wirklich Kümmern um einzelne Leute dort ist ja sozialmäßig gar nicht möglich gewesen. Das war aus meiner Sicht immer ein wichtiger Punkt, aber da konnte man ja nun gar nichts machen, und das hat mit der Polizai ja nichts zu tun. Kennen Sie den Hafenstraßen-Film, den die selbst gedreht haben? Die Frankfurter Rundschau hat da intensiv drüber berichtet. Da wird ja auch deutlich, daß politisch - wenn man da nicht Struktur hineinbringt - mit den Leuten an sich wenig anzufangen ist."

taz:"Das heißt aber, daß jetzt, mit dem Zuzug bestimmter, Ihnen länger bekannter Personen aus dem bestimmten politischen Umfeld, die Hafenstraße für Sie politisch brisant wird?"

L.:"Ja, als ein dann doch nicht nur latentes, mal ausbrechendes, sondern ständig gegenwärtiges Gewaltpotential. Und die Leute, die das Geschäft dort betreiben, insbesondere von der RAF, die nehmen ja auch keine Rücksicht auf irgendetwas, für die ist das ja alles Mittel zum Zweck. Und es ja auch viel gezieltere Kontaktaufnahmen gegeben seitens der Autonomen gegenüber den Hafenstraßen-Bewohnern, als das vielleicht im letzten Jahr der Fall war."

.
.
.

L.:"...Uns hat Sorgen gemacht - vor diesen ganzen Ereignissen jetzt - die Entwicklung, die ich versucht habe, kurz zu beschreiben, und das waren ja auch massive Auseinandersetzungen in der Nacht von Samstag auf Sonntag, und dann habe ich nur das gesagt, was hier intern schon seit Monaten gesagt wird, nämlich: Das kann so nicht weiterlaufen. Und warum nicht? Das war die Begründung: Weil das Struktur bekommt durch Autonome und RAF, dann haben wir es mit einer ganz anderen Sache zu tun."

taz:"Das heißt, von Ihrer Seite her war der Zeitpunkt, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, schon bewußt gewählt, in Hinsicht auf die jetzt auch öffentlich festzustellenden Auswirkungen neuer Strukturen in der Hafenstraße?"

L.:"Ja, das hing doch in erster Linie damit zusammen, daß die Polizei festgenommen...

(Ende erste Seite der Kassette)

Da möchte ich doch nicht von der Polizei hier überholt werden, die sagen: Das ist RAF, nicht. Dann sage ich doch das lieber selber."

taz:"War das dann die Begründung für den schnellen Vorstoß?"

L.:"Das war ein Hauptmoment mit. Und natürlich durch die aufgezwungene Diskussion mit durch die Ereignisse. Wir hätten uns auch gern noch ein bißchen Zeit gelassen."

.
.
.

taz:"Trotzdem bleibt die offene Frage nach wie vor, und Sie sehen das von der Seite her: Dakommen also. Die RAF hat ihre Strategien nach schmerzvollen Auseinandersetzungen geändert, sie geht jetzt da rein und irgendwo bleibt da die offene Frage: Eine Struktur, die auch in den Augen der RAFler besonders verdammungswürdig sein muß, aus dem einfachen Grunde, weil die sehr viel offeneren Autonomen schon damit nicht fertig wurden, die haben ja auch mal versucht, mit der Hafenstraße irgendwas zu machen...Was ist die Grundlage, daß die da plötzlich Fuß fassen können?"

L.:"Sie können ja nicht von mir erwarten, daß ich etwas sachlich-rational begründe, hinsichtlich des Vorgehens der RAF, wenn die das selbst also aus meiner Sicht eben nicht so rational machen. Da kann ich nicht im Nachhinein das alles vernünftig begreifen. Das ist eben jeweils ihre Vorstellung, daß die da etwas erreichen könnten, und daß sie - und da kommt dann vielleicht das, was Sie gemeint haben: Daß sie also bei jungen Leuten, die zuhause weggelaufen sind aus irgendwelchen Gründen, die nun keine Lehre machen können, die arbeitslos sind und so - daß sie da nun glauben, ein Potential gewinnen zu können. Worauf sie aus sind. Da sind Einzelschicksale ja darunter, die sehen keine Zukunft; mit zuhause sind sie nicht klargekommen (das ist jetzt nur eine Feststellung, keine Wertung, was die jungen Leute da angeht; man kennt ja die einzelnen Familienverhältnisse nicht und die Umstände, man kann das ja gar nicht weiter beurteilen geschweige denn verurteilen)...Und die sind natürlich, wenn man so will, richtungslos und leben nur in den Tag hinein. Und die werden nun mal aus unserer Sicht benutzt, die werden angemacht, denen wird da was vorerzählt, die werden benutzt - so muß man das sehen. Nochmal aus der Situation der RAF heraus, aus ihrer Isoliertheit und aus den Vorwürfen, die es auch in den letzten Jahren gegeben hat. Was man der RAF ja immer wieder vorgeworfen hat: Daß sie in den sozialen Bewegungen nicht stattfindet, und zwar sowohl personell als auch inhaltlich. Und wenn nun durchaus wichtige Personen aus dem engeren Umfeld, die die legale Arbeit der RAF machen, sich entscheiden, dorthin zu ziehen, wo soziale Bewegungen vorhanden sind, wo sie evtl. auch billiger wohnen können als woanders, oder als sie bisher gewohnt haben, dann kann ich nicht mit soviel Naivität herangehen, daß die da nun einfach nur mal einen Blick aufs Wasser werfen wollen. Sondern: Die entscheiden sich, ganz politisch bewußt, für eine soziale und politische Bewegung, für das, was politische Szene in Hamburg ist, und treten dort auch mit ihren Positionen auf, setzen sich für die Mitbewohner ein und erwarten natürlich genauso im Umkehrverhältnis die Solidarität, die die RAF braucht. Wer als Einzelkämpfer für die RAF durch die Gegend zieht und immer nur die reine Lehre vertritt, der wird für Entwicklung der Antiimperialistischen Front in Westeuropa wenig beitragen. Also, früherwar das ja so, in unseren Berichten hieß es ja: Da hat die Mehrheit dann gesagt: Da kommen schon wieder diese RAF-Tantan. Also, da wußte jeder Bescheid, und die labern da rum, da wollte man nichts von wissen."

Fortsetzung folgt



Was Sie schon immer über die TAZ wissen wollten:

Um auf die aktuellen Auseinandersetzungen mit der taz einzugehen, halten wir es für notwendig mit ihrer Geschichte zu beginnen:

ach dem 'Deutschen Herbst', al- o der Ereignisse in Stammheim/ Stadelheim, in Mogadischu und einem Autokofferraum im Elsaß; der damit verbundenen Nachrichtensperre, besser Gleichschaltung der Medien und der Kontaktsperre für die Gefangenen in den Knästen.

Der Unfähigkeit, des Ohnmachtsgefühls vieler Linker, darauf zu reagieren. Aber auch des Umbruch's *(Zusammenbruchs?)* von außerparlamentarischen Bewegungen, speziell der Anti-AKW-Bewegung (Kalkar-Demo).

Der ersten Entwicklung grün/alternativer Parteien *(Bunte Liste in HH)*, konkretesierten sich die Diskussionen in den undogmatischen/unorganisierten linken Kreisen um das 'Projekt Tageszeitung' - einer Zeitung gegen Nachrichtensperre, für Gegenöffentlichkeit und Entwicklung linksradikaler Politik. Nach dem immer noch berühmten 'Tunix-Treffen' Ende Januar '78 in Berlin, entstanden überall in der BRD Initiativen. Vertreten waren Leute der verschiedensten Auffassungen, von 'Antiimpis' über unorg./undogm. Linken die in verschiedensten Ini's arbeiten *(Umwelt, Stadtteil, Jugendzentren... usw.)* bis zu sog. Alt-68igern, von militanten Systembekämpferinnen bis zu humanitär-pazifistischen Systemveränderern. Ein breites Spektrum.

Dennoch es wurde sich auf erste gemeinsame 'Thesen' geeinigt. *(Nachzulesen im 'Prospekt Tageszeitung, erschienen Mitte '78)* Darin heißt es u.a.:

*

Das Niveau dieser Blätter sprengen wird die Tageszeitung in punkto Kommentare und Kritiken, Basisberichte, Reportagen und Hintergrundberichte, sowie in der Wertung und Gewichtung von Informationen. Da liegt unsere Stärke, die umso größer sein wird, je mehr wir uns aus den Bindungen und Zwängen lösen können, die die bürgerliche Presse immer wieder zu Manipulation und Informationsverzerrung zwingen.

*

Ereignisse werden in den Massenmedien nach oftmals banalen Mechanismen zu Meldungen verarbeitet: je nach politischer Intressenlage, der jeweiligen gesellschaftlichen Orientierung, kommerziellen Gesichtspunkten, redaktioneller Routine usw. Mit dem dies verschleiernden Nimbus von „Sorgfaltspflicht" und „Objektivität" ist zumeist nicht viel mehr gemeint als das kritiklose Übernehmen vorgefertigter dpa-Nachrichten, deren Objektivität eine zumindest zweifelhafte ist. Die „objektive Nachricht" als solche gibt es ohnehin nicht, da in jede Berichterstattung immer nach das subjektive Interesse des Berichtenden mit eingeht.

*

Es wird eine autonome, linke Tageszeitung werden, die jedoch nicht als Linienblatt die politische Propaganda für eine bestimmte linke Organisation oder Partei oder die „Sponti-Bewegung" übernehmen wird. Sie soll offen sein für Kontroversen, Widersprüche, Debatten.

*

Das Spektrum der Zeitung wird und soll breiter sein, als es den Vorstellungen irgendeines Lesers oder Mitarbeiters persönlich entspricht.

*

Die Artikel sollen nicht ausschließlich von festen Redakteuren oder professionellen Schreibern erstellt werden, sondern es wird auch „Betroffenberichte" im redaktionellen Teil geben...

..., den Kontakt mit zahlreichen Korrespondenten und autonomen Gruppen aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen. Der Fetisch Objetivität muß meist gerade dann herhalten, wenn politisch unangenehme Ansichten uind Informationen totgeschlagen werden sollen...

*

..., das erfordert auch die Fähigkeit, eine verständliche Sprache zu finden...

*

Wir wollen eine Zeitung machen, die Spaß macht beim Lesen.

*

Eine linke Tageszeitung soll nicht nur von den Inhalten her gesehen werden, sondern auch von der Art und Weise, wie sie geschrieben und hergestellt wird. Wir werden nicht das übliche Modell, wie es in Tageszeitungsredaktionen und Setzereien aussieht, übernehmen.

*

Wir wollen uns nicht vorschnell mit „Sachzwängen" befreunden, wir werden soweit wie möglich versuchen, um Alltag der Zeitungsherstellung unsere Interessen an repressionsfreien Arbeits- und Lebenszusammenhängen durchsetzen.

Das waren Vorstellungen, Hoffnungen und Träume, von denen nicht viel übrig geblieben ist. Doch vorerst weiter in der Geschichte: Schon früh zeigten sich die unterschiedlichen Vorstellungen von einer taz. Die beiden Hauptströmungen bestanden in:

1. Der Forderung nach einer basisdemokratischen Zeitung, in der hauptsächlich die schreiben können, die auch praktisch Politik machen.
2. Leute die eine oder mehrere Redaktionen wollten, besetzt mit(vermeintlichen/Möchtegern)- Journalisten, die die Zeitung machen, redigieren, recherchieren und bestimmen was rein kommt.

Der Basiszeitungsfraktion wurde entgegengehalten, daß sie zum einen viel zu lange brauchten, die nötigen Strukturen aufzubauen,

zum anderen ein viel zu großer (technischer) Apparat gebraucht würde - und das alles sowieso zu teuer sei.

Unter dem, zumindest von Teilen selbst gesetzten Druck, möglichst bald erscheinen zu wollen, wurden auch die weiteren Diskussionen geführt. *(Zu bedenken ist dabel auch die gleichzeitige Planung des linkssozialdemokratischen Zeitungsprojekt 'Die Neue')*. Es wurde nicht ausführlich darüber diskutiert wie die taz bzw. die Produktion inhaltlich aussehen sollte, sondern hauptsächlich darüber, wie die Produktion überhaupt zu bewerkstelligen sei: So wurden Sachzwänge geschaffen. Räume gemietet, Technik angeschafft und Nullnummern produziert.

Schon passierte der erste große Flop!

Die zweite Nullnummer im Okt. '78, hauptsächlich von „Frankfurtern" als 'Magazinnummer' produziert. Sie hatte als Schwerpunkt „Amnestie für alle", am Beispiel P. Zahl und H. J. Klein. Die Auseinandersetzungen von heute wurde damals schon vorgezeichnet. Dazu eine Stellungnahme eines damaligen Initiativlers *(Erschienen in 'Das obskure Objekt unserer Begierde, Jan. '79, Ffm)*: „Bereits in ihrer zweiten Nullnummer wird der Pluralismus innerhalb der Linken, den sie ursprünglich widerspiegeln wollte und dessen Forum der Auseinandersetzung sie sein wollte, in eine einheitliche, ideologische Linie gezwängt. Die neue Linie (...) ist eine humanitär-pazifistische, eine abschließende Absage an alle Formen gewaltsamer Auseinandersetzungen mit den bestehenden Herrschaftsstukturen. (...) Ein Hans-Joachim Klein und die Redaktion der 2. Nullnummer der taz haben ihr früher geäußertes Selbstverständnis über die Pluralität einer linken Bewegung aufgegeben. Die militante Linke ist nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung."

Ergebnis der Auseinandersetzung war u.a., daß beim Nationalen Treffen der Initiativen im Dez. '78 - die taz-Zentralredaktion als politische Entscheidung nach Berlin gelegt wurde. Es wurde auf eine andere Politik gehofft.

Die Linie der Ausgrenzung militanter Politik, aber auch die Auseinandersetzungen darum, zieht sich wie ein Faden durch die weitere Geschichte der taz. *(Auseinandersetzungen zu anderen Punkten lassen wir hier außen vor)*. Immer mehr Leute mit radikalen Positionen zogen sich aus dem Unternehmen zurück *(u.a. weil sie von „außen" zuwenig unterstützt wurden)* und trotzdem, wir sehen die taz immernoch als einen Haufen verschiedenartiger Menschen - in der, in den letzten Jahren eine Fraktion die Überhand gewonnen hat, die eine systemimmanente Politik verfolgt, die von linkssozialdemokratisch über grünalternativ bis linkssozialistisch geht. Klar, auch hinter diesen Begriffen verbergen sich Leute ganz unterschiedlicher Auffassung, dennoch macht die überwiegende Mehrheit staatserhaltende Politik - was sich gerade an den Berichten über die Grünen, spez. „Realos" zeigt; *(seitenweise über Minister Fischer)* andererseits kaum Berichterstattung über Politik auf der Straße, Politik die dieses System in Frage stellt und es bekämpft.

Über den (Möchtegern)-Journalismus am Beispiel des Lochte-Interviews

(Zitat aus taz-Diskussionen Mitte '78)

„(...) auf der anderen Seite sind wir nicht nur unsicher gegenüber der existierenden Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber den Veröffentlichungsinteressen, die aus der Bewegung kommen. Die Zeitungsmacher bestimmen über Informationsmarktanteile: Ob mehr von der Anti-AKW-Bewegung, der Frauenbewegung, den Gefängnissen oder der bürgerlichen Welt geschrieben wird. Sehr schnell wird es zu Manipulationsvorwürfen kommen."

Undzwar zu berechtigten Vorwürfen. Nur noch wenige, der in der taz mitarbeitenden sind, außer vielleicht (!?) in der Zeitung, politisch aktiv. Somit ergibt sich eine Abgehobenheit, ein nicht dazu gehören, oder anders ausgedrückt, ein typischer Journalismus. Dazu das Zitat eines Mediensoziologen: (Prokop in Literaturmagazin Nr. 8) *„Der Lebensentwurf des professionellen Journalisten ist daraufhin angelegt, mit der Mobilität eines Jet-Set-Mitglieds zu leben, ohne dessen Aufwand und Verpflichtungen. Die Substanz hierfür saugt er aus den immobilen, milieugeprägten und milieuabhängigen Menschen (die er heimlich für ihre freundliche Ausbeutbarkeit verachtet); daß dieser Lebensentwurf funktioniert, versichert er sich durch die Symbole und Rituale der Kontextunabhängigkeit: Wertfreiheit, eile."*

Oder im Umgangsdeutsch: Der Journalist hat viel mit den „Mächtigen" zu tun, ohne die gleiche Macht zu haben. Dennoch sonnt er sich in ihrer Nähe. Freut sich über jede Plauderstunde. Der vermeintlich linke Journalist, ist natürlich besonders glücklich, wenn ihn gar der vermeintliche Gegner, zum Gespräch bittet.

Das Gespräch mit VS-Lochte ragt um wichtige Punkte über die „journalistische" Alltäglichkeit dieser Zeitung hinaus. Bestimmt das ver/bearbeiten von Agenturmeldungen unter hohen Zeitdruck, flüchtiges recherchieren, die politische Isolation der 'Journalisten' innerhalb und außerhalb der Redaktion das Tagesprodukt, so bestimmt die daraus strukturierte Praxis den politischen Ort dieses Gesprächs. Zwei taz-Redakteure sitzen vier Stunden mit dem Chef des VS zusammen und reden mit ihm. Der landet damit einen Coup im Rahmen der Isolationskampagne gegenüber der Hafen/Bernhard-Nocht-Straße. Die Skepsis und Kritik gegenüber der RAF, innerhalb einer diffusen Linken, wird ausgenutzt mit Hilfe zweier Redakteure und „ihrer" Zeitung, als Vehikel, des Zwangs zur Distanzierung. *(Lochte: „Die legale RAF" braucht ja nur auszuziehen.")* Das Lochte nicht die „legale RAF" meint, sondern jede Form von organisiertem kollektiven Widerstand, wird weder hinterfragt, noch dargestellt.

Überhaupt es interessiert nicht mehr, was kann ich als 'Journalist' an Infos rausleiern, Infos die „wir", die „Linke" brauchen. Nämlich, was Lochte weiß oder auch nicht weiß. Nein, es kommt der gleiche Aufreißer wie in der bürgerlichen Presse: „RAF in der Hafenstraße... bla bla..."

Als scheinbar einziges Ergebnis eines umfassenden Gesprächs. Keine eigene Stellungnahme zu Lochtes Thesen, denn der Journalist ist wertfrei und in der Eile wird nur alibimäßig versucht, eine Stellungnahme der „Hafenstraße" zu bekommen.

Über praktische Reaktionen solltet Ihr Euch da nicht wundern!

Mit einem neuen, angeblich übersichtlicheren Layout/Umbruchsystem wurden in Berlin mehrere Arbeitsplätze wegrationalisiert, wie üblich ohne Leserdiskussion. Und dann diese Lobhudeleien für neue Technik nach dem Anschlag auf die HH-Redaktion *(taz vom 25.10.85, Seite 16)*

Nochmal zu den Agenturmeldungen. Einerseits werden diese Meldungen oft ohne Überprüfung übernommen - speziell sprachlich *(z.B. „Terroristen in El Salvador", statt „Guerilla" usw.)*. Andererseits wurden Agenturmeldungen nicht als solche gekennzeichnet, sondern z.B. unter „von so und so" aus „da und da" veröffentlicht. Gleichlautende Artikel konnten wir auch unter afp in der FR lesen.

Wer die Menschen nur als Objekt
der Politik betrachtet,
kann sie nicht mobilisieren.
Er will sie herumschicken.
Ein Paket ist nicht beweglich, es
wird nur hin und her gestoßen.
Aufmärsche, Paraden, Wahlen, desorientieren die Leute.
Propaganda, sie Selbstständigkeit
nicht freisetzt, sondern lähmt, gehorcht dem gleichen Schema.
Sie führt zu Entpolitisierung.

PS.: Es sei noch erwähnt, daß wir in diesem Text absichtlich die Frage ob eine Tageszeitung grundsätzlich gebraucht oder nicht gebraucht wird, erörtert haben. Dazu werden wir demnächst im Zusammenhang mit der Diskussion um Informations- und Kommunikationsstrukturen innerhalb der radikalen Linken, Stellung nehmen.

Einige autonome Linke

Wie rette ich eine Tageszeitung Oder suche eine Zielgruppe und laufe in die andere Richtung!

Statt sich der Thesen des Anfangs zu erinnern, bzw. auf das linksradikale Spektrum zu setzen, um Abos und andere Leser/innen zu gewinnen, ging die taz in eine andere Richtung. In der Berichterstattung wird stark auf die Grünen gesetzt, speziell auf das „Realo"-Spektrum. Zum anderen auf den Versuch die 'Frankfurter Rundschau' (FR) oder ähnliche Zeitungen zu ersetzen. Dies auf der Basis von mehr Technik und schlechten Arbeitsbedingungen. So wurde in Hamburg der Redaktionsschluß auf 20 Uhr (2 Std.) verlängert. Dies bedeutet, Mehrarbeit *(speziell für die Leute im technischen Bereich)* bei gleichem Lohn. Zum anderen, daß ein paar *(hauptsächlich Agenturmeldungen, wie, dpa)* Meldungen aktueller in die Zeitung kommen. Inhaltlich hat sich nichts geändert.

Unsere Probleme etwas in die taz zu bringen

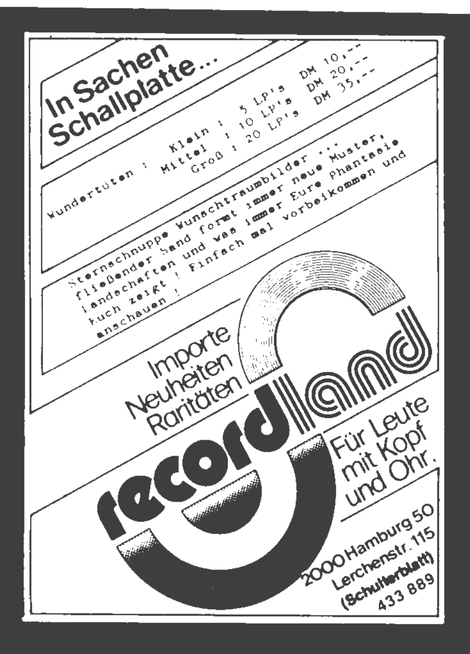
Immer versuchen Gruppen der unterschiedlichen Art *(Antifa, Wendland, VVN, Kulturinitiativen usw.)* etwas in die taz bringen. Sie wurden abgebügelt mit den unterschiedlichsten Begründungen. Zu inaktuell, sprachlich schlecht, unwichtig, zu lang, u.a. Nicht die Leser/innen können entscheiden, sondern der Journalist. Statt sich mit direkten Aktionen u.ä. auseinanderzusetzen, läßt sich die taz von den Bürgerlichen den Bauch pinseln. Die Kulturseite wird bestimmt von der Konkurrenz mit dem bürgerlichen Feuilleton. Das gleiche gilt für die Rathausdiener.



Hamburger SATZ und Verlags Kooperative

Mengensatz
Akzidenzsatz
Repro — Lay Out
Adressverwaltung
Lindenallee 4
2000 Hamburg 19
43 53 46 / 43 53 20





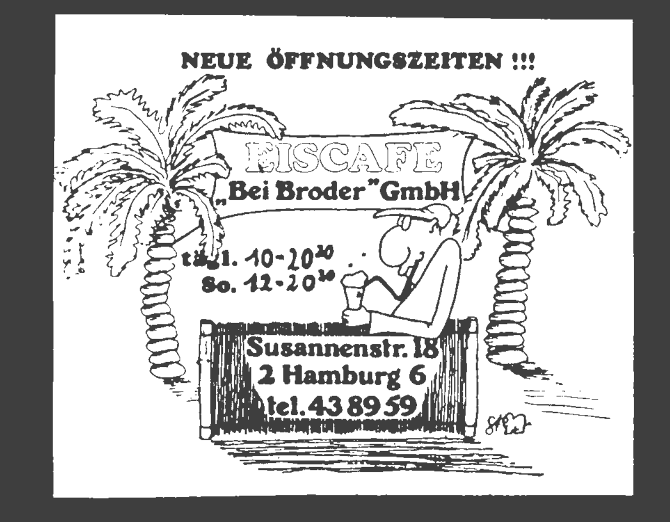
Taverna To Frourio

Am Sternschanzenbahnhof, Hamburg 6
Schanzenstraße 87, Telefon 43 66 20

Täglich ab 16^{00} Uhr
Sa.,So. ab 12^{00} Uhr

Leckere Speisen vom Grill, Topf und Backofen. Kühles, gut gezapftes Bier und reichlich griechische Getränke.

Bei uns kocht die Chefin









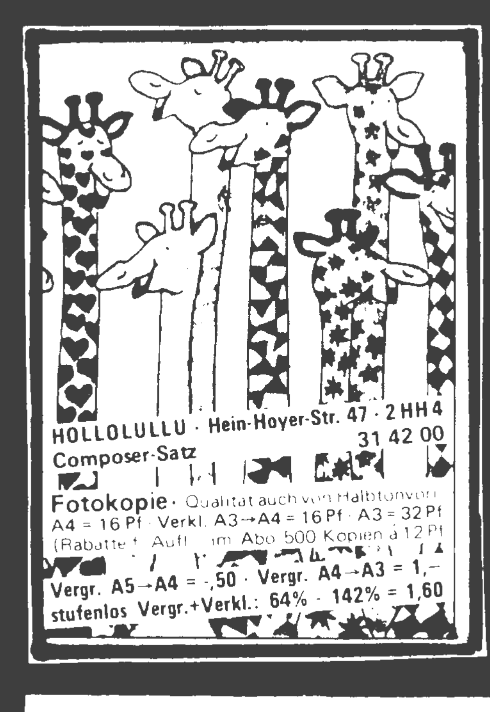


Nüsse aus
neuer Ernte
supergünstig
1 kg DM 8,90

100 % Baumwoll-
handschuhe
DM 3,95

und Tee, Tee, Tee
1 kg ab DM 22,-

und viele Kräuter
.
.









Atelier Schanzenstr. **Atelier Schanzenstr.**

Kurse in MALEN und ZEICHNEN

gibt Malerin Christine Lange-Pelzer
in ihrem Atelier

... auch für Anfänger kein Problem
... kostenlose Probestunde möglich
... einfach mal vorbeikommen oder tel.

Schanzenstr. 69, 2 HH 6, Tel. 493 111





TERMINE

DUCKENFELD

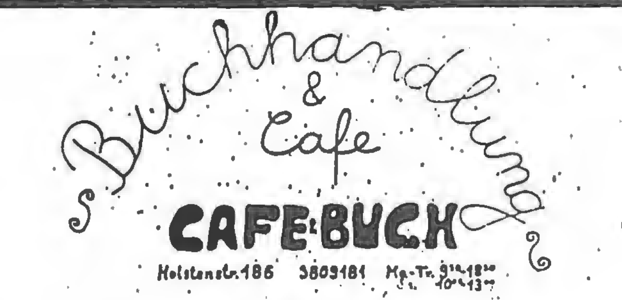
IM OELKERSCAFE
Oelkersallee 64 · 2000 Hamburg 50

etmar zeigt:

., 1.12. 21.00 h "Sein oder Nichtsein"
., 2.12. 21.00 h Regie: Ernst Lubitsch, USA 1942

rgit zeigt:

., 7.12. 21.00 h "Jonas, der im Jahre 2000 25 Jahre
., 8.12. 21.00 h alt wird"
., 9.12. 21.00 h Regie: Alain Tanner, F/CH 1975



., 2.12. 20.30 h "Black Hills"
ein Film über Gegenwart und Geschichte der Schwarzen Berge, der heiligen Berge der Lakotah (Sioux); die Lakotah kämpfen bis heute um dieses Gebiet, das ihnen 1868 vertraglich zugesichert wurde

ntritt: DM 3,-

., 16.12. 20.30 h "Ich, Paula"
Magaret Steenfatt liest und diskutiert aus ihrem Buch "Ich, Paula"

littwoch, 11.12.1985, 19.30 h

GLÜCKS - SPIRALE

Vom Gewinn kontrollierter Fruchtbarkeit

Ein Film von Marie-Louise Buchzick, H.C. Koch und Ulrike Schaz über Geburtenkontrolle in der Dritten Welt am Beispiel Thailand

Ort: Gemeindehaus der Friedenskirche, Brunnenhofstr. 2, HH 50

Literaturpost

Literaturpost
lindenallee 40
2000 Hamburg 20

FEHLANZEIGE



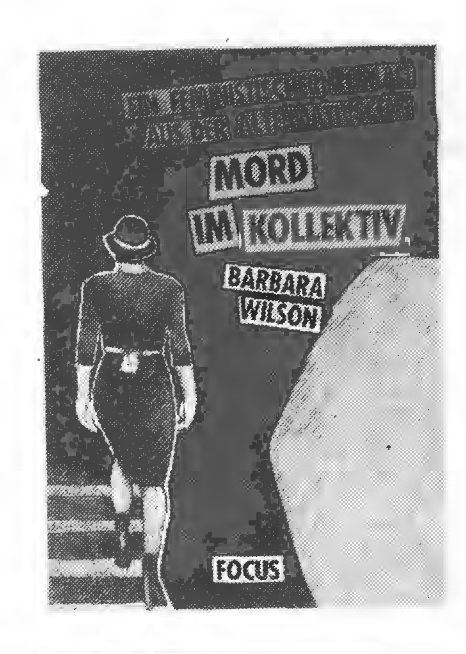
Buchbesprechung:

Barbara Wilson: Mord im Kollektiv

Mord im Kollektiv ist ein Krimi und doch wieder kein Krimi. Es ist ein Buch über die Szene (in Seattle, USA), über Probleme der Alternativbewegung, Fragen der Frauensolidarität, des Internationalismus...
Als B. Wilson ihr Buch am 18. 1o. auf einer Lesung im Fraunbuchladen vorstellte, hat sie erklärt, warum sie die Form Kriminalroman gewählt hat, um diese Fragen literarisch zu verarbeiten: Ihrer Meinung nach sind Krimis besonders geeignet, um politische Inhalte zu vermitteln, weil a) man/ frau sie durchliest, wenn sie spanned sind und sich so mit Inhalten konfrontiert, die man/ frau in einem eher theroretischen oder literarischen Text nicht lesen würde; b) ein Krimi einen festen Rahmen bietet (Beschreibung der Situation, dann die Tat, dann Detektiv/in, die Tat aufzuklären trachtet), innerhalb dessen sich alle möglichen Inhalte, Konflikte etc. gut darstellen lassen; c) Detektiv/in es einem ermöglicht, Fragen stellen zu lassen und auch beantwortet zu bekommen, die wichtig sind, die aber im 'normalen' Leben niemand fragen geschweige denn beantworten würde; d) Krimis immer etwas mit **Moral** zu tun haben - und Politk auch.
In 'Mord im Kollektiv' geht es um die Verwicklungen, die entstehen, als an ein gemischtes Druckkollektiv der Vorschlag herangetragen wird, sich mit einem Satzkollektiv zusammenzutun, in dem ausschließlich Lesben arbeiten. Weder die Setzerinnen noch die Drukker/innen sind besonders angetan von der Vorstellung, zusammenzuarbeiten - aber ökonomisch spricht einiges dafür. Nach einem ersten gemeinsamen Treffen dann sind eines Morgens die Räume der Sätzerei verwüstet und am Abend des selben Tages liegt einer der Drucker tot in der Dunkelkammer: ermordet.
Pamela Nilsen, Druckerin, macht sich auf die Suche nach den Saboteuren und dem Mörder - der Mörderin? In dem Wust von Konflikten, die ihr plötzlich bewußt werden (und die ihre Idylle in ihrem kleinen Alternativbetrieb zum Einsturz bringen) muß sie sich mit zahlreichen Problemen konfrontieren, die für sie - und den Fall - aber auch für ihre gesamte Szene existent sind: Rassismus, Sexismus, generelle Ignoranz gegenüber der Situation von Menschen aus und in anderen Ländern, Männerhaß...
'Mord im Kollektiv' ist ein sehr spannendes, unterhaltendes Buch - aber auch eins, das zum Nachdenken anregt.

Barbara Wilson
Mord im Kollektiv
Focus 1985
DM 19,80

PS: Barbara Wilson schreibt bereits an ihrem zweiten Buch mit Pamela Nilson in der Hauptrolle. Thema: Teenagerprostitution und das Verhältnis der Frauenbewegung zu Prostituierten.





Laue gegen den Rest der Welt



Die Kündigungen unseres Ketchup-Barons an die Adresse der Mieter der Schanzenstrasse 56 + 62 sind über den Jordan.
Laue scheint von Leuten geführt zu werden, die wie hier bei den Kündigungen noch mit frühkapitalistischer Dreistigkeit vorgehen, nach dem Motto, das Gesetz bin ich und ihre Mieter sind obrigkeitshörige Trottel. Damit war er aber erst vor kurzem auf die Nase gefallen, als ihm ein Großteil der Mieter seine Heizkostennachzahlung zusammenstrich (wegen nicht vorhandener Thermostate), bis kaum noch etwas übrigblieb und die Forderung seines Anwaltes (kostenpflichtig) in den Mülleimer wanderte.
Das Schöne bei Laue ist ja, daß sich der Mieter nicht nur moralisch im Recht fühlen kann (ältere und kranke Menschen sollen aus der Schanzenstraße 56 vertrieben werden, die dort teilweise schon seit 15 Jahren wohnen), weil mal wieder Wohnraum zerstört wird. Auch Mietrecht und im Fall der Kündigungen Verwaltungsakte der Behörde sind auf seiner Seite. In der Zweckentfremdungsgenehmigung für die Häuser Schanzenstraße ist die konkrete Bedingung enthalten, daß Laue Ersatzwohnraum für die Mieter stellen muß, bevor er zweckentfremden darf. Damit dürfte zwar die Wohnraumzerstörung (außer durch die Besetzung der Häuser) nicht auf Dauer zu verhindern sein, denn das 32. Wohnungsangebot Laue's müßte wohl angenommen werden, weil sonst die Behörde die Bedingung zur Zweckentfremdung wohl fallenlassen würde. Schließlich muß sie auch die wirtschaftliche Wichtigkeit der Häuser anerkennen. Denn wenn Laue die Häuser nicht bekommt, sind 450 Arbeitsplätze in Gefahr (so steht es wahrhaftig in der Kündigung!).

Im Moment haben die Mieter allerdings noch die Behörden auf ihrer Seite, die anerkannten, daß die Bedingungen zur Zweckentfremdung durch die Firma Laue nicht erfüllt sind, da in der Kündigung jeder Hinweis auf das Angebot von Ersatzwohnraum fehlt. (Merke: Auch der Hamburger Beamtenklüngel wird garstig, wenn er ignoriert wird, selbst wenn es ein Kapitalist ist)
Aus diesem Grund geht in der nächsten Woche ein Brief der Behörde an Laue ab, in dem ihm noch einmal klar gemacht wird, wie iene Kündigung auszusehen hat.
Damit ist die Kündigung zum 31.1. bzw. 30.4. und 31.10.86 vom Tisch und die Mieter warten auf die "großzügigen" Angebote Laue's. Um einen Satz aus Laue's Kündigungsschreiben zu zitieren:
"Es dürfte kaum Schwierigkeiten bereiten (den Mietern, Anm. d. Red.), gleichwertige Wohnungen auch in unmittelbarer Nähe zu finden."
Na, dann klotz 'mal 'ran, Laue! Mal sehen, wie einfach das ist, für 8 Mietparteien Wohnraum zu finden, der sich teilweise in der Größenordnung von 160 qm bewegt.
Die Forderung nach Erhalt des Wohnraums bleibt bestehen!
Sollten Mieter trotzdem den Ersatzwohnraum akzeptieren, müßten folgende Bedingungen von Laue erfüllt werden:in Bezug auf diesen Ersatzwohnraum:

- er müßte in der Gegend sein (Karolinen- oder Schanzenviertel)
- er müßte den gleichen Komfort, die gleiche qm-Zahl und die gleiche Zimmeraufteilung haben
- er müßte den gleichen Mietpreis, ohne Möglichkeit auf kurzfristige Mieterhöhung, haben
- er müßte nach Mietervostellungen renoviert werden, d.h. bezugsfertig sein
- die Umzugskosten müßten bezahlt werden

- die alte Wohnung muß nicht renoviert werden vor dem Auszug
- es muß für alle Mietparteien ein angemessener Geldbetrag für die physische und psychische Belastung durch den Umzug zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluß noch ein Satz zu Laue. Da kaufte die Firma im Laufe der Zeit anscheinend wahllos jedes erreichbare Haus am Rand des Karo-Viertels auf und zerstückelte damit seinen Besitz. Nun soll auf Kosten der Mieter Schanzenstraße diese Zerstückelung wieder aufgehoben werden



Schanzenstraße 56 + 62

Wohnraumvernichtung im Karolinenviertel

Abbruchkonzept der Sanierer im Karolinen-Viertel (Stand 7/85)

Block 3	Schanzenstr. 52 Schanzenstr. 56/58/62 (Umnutzung Wohnen in Gewerbe) Kampstr. 15 Hinterhaus Kampstr. 13a Hinterhaus Sternstr. 107/109 Hinterhaus 1 und 2 Sternstr. 115
Block 4	Schanzenstr. 28 - 32 Schanzenstr. 48
Block 5	Sternstr. 70 - 98 Kampstr. 23 - 29 Kampstr. 36 - 42
Block 8	Augustenpassage 4 - 8 Schanzenstr. 16/18 Ludwigstr. 11 u. 13 (gewerbl. Nutzung)
Block 9	Neuer Pferdemarkt 30 Hinterhaus
Block 12	Laeiszstr. 18 Hinterhaus
Block 14	Karolinenstr. 17 Hinterhaus Marktstr. 148 Hinterhaus
Block 17	Ölmühle 32a Hinterhaus
Block 21	Karolinenstr. 2a Haus 3

Vorankündigung:

Öffentliche Gesamt-Anhörung zur Sanierung Karolinenviertel

Donnerstag, 12. Dezember
Schule Ludwigstr. 19 Uhr (?)



Suche 2 1/2 bis 3-Zimmerwohnung im Schanzenviertel bis zu DM 700,- incl.
Thomas 43 84 37

Suchen 4-6 Zimmerwohnung in Uni-Nähe bis DM 1.400,- incl.
Andrea 690 11 41
Coco 420 58 13

Spendenkonto :

Es geht 'mal wieder um euer Geld, denn es wird davon immer noch dringend 'was gebraucht für Peter Joost, der in U-Haft einsitzt seit den Hamburger Ereignissen in Zusammenahng mit der Ermordung Günter Sare's in Frankfurt. Konto: RA A.Beuth, Sonderkonto 'Peter', Kto.-Nr. 1250/12 62 63 bei der Haspa, Bankleitzahl 200 505 50

Veranstaltung

Der MIKROZENSUS '85 ist so gut wie gelaufen, aber der MIKROZENSUS '86 ist bereits schon wieder im Mai '86. Die Muster der Fragebögen für die VOLKSZÄHLUNG '87 sind auch schon da. In dem Zusammenhang gibt es eine

DISKUSSIONS- und INFORMATIONS-VERANSTALTUNG

am Freitag, 13.12., 19.00 h im Martin-Luther-King-Haus.

Themen u.a.: Meldewesen, Volkszählung u. Statistik seit den Nazis, staatliche Planung heute etc.

Teilnehmer: Karl-Heinz Roth, Kai Ehlers u.v.a.

Und noch eine Kleinanzeige auf die letzte Minute

es wäre einfach SUPER, wenn ich mein zimmer endlich mal wohnbar machen könnte. und dazu brauche ich ein kleines zweisitzer-sofa!! oder sowas ÄHNLICHES! moni tel 439 11 49, abends

VERANSTALTUNG DER HÄUSERGRUPPEN
19°° UHR
AM 03.12.85 IN DER FABRIK

Übrigens: Jeden Samstag Film und Diskussion Jägerpassage 20°°

Geburtstagsgrüße nachträglich oder auch nicht an Günther, Dago, Ulla, Dodo

Seite 12
Adressen gibts nächstes Mal wieder

Redaktionsschluß ist der 10. Jan 1986 !
es soll eine Doppel-Nr. Jan/Feb geben